

Denkt an

Ostpreußen!

**Vier Vorträge, gehalten vor den
Mitgliedern des Ostausschusses
am 4. und 5. September 1927
in Königsberg Pr.**



29999

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
„Ostpreußen nach dem Kriege“.	
Von Oberpräsident Siehr	3
„Ostpreußens wirtschaftliche Lage“.	
Von dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes, Vorsitzenden des Provinzialausschusses der Provinz Ostpreußen	19
„Ostpreußens Kultur- und Geistesleben“.	
Von Schriftleiter Dr. Goldstein	43
„Soziale Fürsorge in Ostpreußen“.	
Von Landeshauptmann Graf von Brünneck	57



Ostpreußen nach dem Kriege.

Von Oberpräsident Siehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit dem Herrn Landeshauptmann hatte ich mir erlaubt, Ihnen den Vorschlag zu machen, daß während der Dauer der Einnahme der gemeinsamen Mahlzeit vom Halten von Reden Abstand genommen wird. Ich glaubte damit Ihrem Wunsche entgegenzukommen. (Bravo!) Jetzt aber tritt der Ernst des Lebens wieder an uns heran. Deshalb bitte ich Sie freundlich um Gehör.

Zunächst gestatten Sie, daß ich Sie im Namen der Provinz Ostpreußen in unserer Provinzialhauptstadt herzlich willkommen heiße.

Ich danke Ihnen namens der Provinz dafür, daß Sie den weiten Weg hierher nicht gescheut haben, um sich selber ein Bild über die wirtschaftliche und kulturelle Lage zu machen, in die Ostpreußen durch den unglücklichen Kriegsausgang und die Abschürung vom Reich hineingekommen ist.

Man hat hier in der Provinz Ostpreußen in der Bevölkerung oft den Eindruck, daß die Parlamente trotz mancher freundlicher Worte für die Provinz, doch den grundlegenden Unterschied vielfach nicht klar erkennen, der zwischen der Lage Ostpreußens einerseits und der aller andern deutschen Landesteile andererseits besteht, und daß ebenso die Gefahr in ihrer vollen Schwere nicht erkannt wird, die Preußen und das Reich laufen, wenn es nicht gelingt, diesen allein im Nordosten stehengebliebenen Eckfeiler des Deutschtums zu stärken und fest zu untermauern.

Wir haben das mit tiefem Schmerz besonders bei der Behandlung der Ostfragen im Reichstage gelegentlich des Grenzprogramms 1927 feststellen müssen.

Ihnen ist bekannt, daß ich im Jahre 1922 der Reichs- und Staatsregierung ein sogenanntes Ostpreußenprogramm vorlegte, in dem ich auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die die Provinz durch

den unglücklichen Kriegsausgang und die Schaffung des Korridors geraten ist, hinwies und aus dieser Sonderlage der Provinz den Anspruch darauf herleitete, daß die Reichs- und Staatsregierung versuchen müsse, die zu Ungunsten Ostpreußens verschobenen Wettbewerbsbedingungen gegenüber den andern deutschen Landesteilen wenigstens einigermaßen wieder herzustellen.

Reich und Preußen haben ausdrücklich diesen Anspruch auf die berufsungslose Sonderbehandlung Ostpreußens anerkannt und, wie ich mit Dank feststelle, zeitweise im Rahmen ihrer beschränkten Mittel diesen Gesichtspunkten nach Möglichkeit in Einzelmaßnahmen Rechnung getragen.

Der Ruhreinfall machte dieser Entwicklung zunächst ein Ende, da in dieser kritischen Zeit alle verfügbaren finanziellen Mittel für den Westen aufgewendet werden mußten, und ich darf auch an dieser Stelle feststellen, daß die ostpreußische Wirtschaft in jener ernsten Zeit volles Verständnis dafür bewies, daß ich in jener Zeit das Ostpreußenprogramm etwas zurückstellte.

Nachdem die Ruhr wieder frei war, habe ich das Ostpreußenprogramm erneut vorgelegt.

Preußen wünschte zunächst, daß das Reich an der Lösung dieser Aufgabe sich insoweit beteilige, als die aufgestellten Forderungen eine unmittelbare Folge der neuen Grenzziehung wären und das Reich schien sich auch dieser Verpflichtung nicht entziehen zu wollen.

In dem Sofortprogramm 1926 wurde zwar nicht nur Ostpreußen bedacht, sondern die Hilfsaktion wurde ausgedehnt auf alle Landesteile, die durch die Grenzziehung starke Veränderungen ihrer Grenzen erlitten hatten.

Immerhin wurden hierbei Ostpreußen und Oberschlesien im Rahmen der geringen verfügbaren Mittel stärker bedacht, als andere minder schwer betroffene Landesteile.

Für das Jahr 1927 wurde die Aktion jedoch auf eine ganz andere Grundlage gestellt.

Alle gefährdeten Grenzgebiete sollten berücksichtigt werden.

Als solche gefährdeten Grenzgebiete tauchten plötzlich sogar Bayern, Baden und Sachsen auf, und das Resultat war, daß Baden ebenso stark oder ebenso schwach wie Ostpreußen bedacht wurde und Bayern sogar noch mehr erhielt als Ostpreußen.

Sie können sich schwer vorstellen, welche Mißstimmung, um nicht zu sagen Verzweiflung, in Ostpreußen von allen Seiten zum Ausdruck kam, als dieses Resultat der Hilfsaktion des Reichs bekannt wurde.

Der Gedanke, daß man im Reich kein Verständnis für die gefährliche Lage der abgetrennten Provinz habe, daß kein Interesse für diese weit abgelegene Provinz im Reiche bestehe und daß man die Provinz anscheinend schon beinahe abgebucht habe, tauchte überall auf.

Man hatte das bittere Gefühl, nachdem auch andere Landesteile besondere Programme aufgestellt hatten, daß man in den Parlamenten die Angelegenheit lediglich unter dem Gesichtspunkte des Konkurrenzkampfes einzelner Provinzen oder Landesteile betrachte, die, weil Grenzgebiete, die Schwierigkeiten ihrer Grenzlage gegeneinander ausspielten.

Ostpreußen als Grenzgebiet hat naturgemäß mit Schwierigkeiten zu kämpfen, hat aber niemals hieraus Anspruch auf eine Sonderbehandlung hergeleitet.

Wenn man die Gebiete mit sogenannter blutiger Grenze besonders berücksichtigen will, was naturgemäß notwendig ist, so hat Ostpreußen an der ganzen Memelgrenze, an der Weichselgrenze und im Reidenburger Kreise, wie Sie selber sehen werden, sehr empfindliche blutige Grenzen aufzuweisen.

Aber das, was darüber hinaus die Lage Ostpreußens gegenüber allen andern deutschen Landesteilen zu einer so verhängnisvoll schwierigen macht, das ist neben der Abdrängung von seinem natürlichen Hinterlande Rußland vor allem die Schaffung des polnischen Korridors, und das wird bei den parlamentarischen Verhandlungen niemals in seiner ganzen Schwere und Bedeutung eingeschätzt.

Sie sehen auf dieser Karte „Einst“ die frühere Situation der Provinz: Sie stand im Zusammenhang mit dem Deutschen Vaterlande und östlich davon war nur eine einzige Auslandsgrenze, die mit Rußland. Sie sehen die beiden großen Bahnlinien: die Ostbahn, die über Riga bis Moskau geht und die Bedeutung hat, den großen Ost-Westverkehr aufzunehmen. Dann die Südbahn, welche südlich nach Rußland fährt und auf die große Verkehrsstraße zuführt, die, dem Stromgebiet des Dnieper folgend, hinunter bis zur Ukraine führt. Für die Wirtschaft Ostpreußens war das große russische Hinterland von ausschlaggebender Bedeutung. Der Verkehr Ostpreußens mit Rußland war ein sehr starker, sodaß im Durchschnitt mehrere hundert Güterwaggons täglich die russische Grenze überschritten, in der Hauptsache beladen mit den Rohprodukten Rußlands. Diese Situation hat sich jetzt grundlegend geändert. Sie sehen auf dieser zweiten Karte den jetzigen Zustand Ostpreußens. Zunächst ist dieser Nordzipfel, das Memelgebiet, ohne jede Volksabstimmung uns

entrisen, ebenso im Süden das Soldauer Gebiet und im Westen trennt uns jetzt das Gebiet des Freistaates Danzig und der polnische Korridor vom Reiche.

Im deutschen Westen ist es auch vielfach unbekannt, daß nicht nur Ostpreußen die Grenze mit seinem wichtigen wirtschaftlichen Hinterlande Rußland verloren hat, sondern daß auch Litauen keine russische Grenze mehr hat, seit General Zeligowski das Wilnagebiet Litauen entriß. Auch heute noch ist das Wilnagebiet polnisch — gedeckt durch die Autorität des Völkerbundes — und verschließt uns den Zugang nach Rußland durch Litauen.

Noch zwei Worte darüber, wie die Situation vor dem Kriege war! Es ist richtig, wir lagen damals scheinbar ebensoweit von den Wirtschaftszentren Deutschlands ab wie heute; wir mußten auch damals höhere Frachtkosten als andere Teile des Reiches aufwenden, wenn wir Waren aus dem Reiche bezogen und ebenso, wenn wir landwirtschaftliche Produkte nach Berlin oder nach dem Westen des Reiches schickten. Wir bekamen dann nur einen um die Frachtkosten gekürzten Kaufpreis.

An Bodenschätzen ist Ostpreußen ungewöhnlich arm; wenn wir nicht den Bernstein rechnen wollen, so haben wir andere mineralische Bodenschätze nicht. Torf ist wohl da; aber die Technik ist noch nicht so weit, daß er wirtschaftlich in größerem Umfang ausgenutzt werden könnte. Im Reich ist vielfach die Meinung verbreitet, daß Ostpreußen ein holzreiches Land sei — im Gegenteil: wir sind an Waldbesitz die zweitärmste Provinz. Die Folge des Armuts an Bodenschätzen ist die geringe industrielle Entwicklung der Provinz und die Notwendigkeit der Einföhrung von Rohstoffen und Industrie-Produkten nach der Provinz. Diesen Nachteilen stand in der Vorkriegszeit jedoch eine Reihe für Ostpreußen günstiger Momente gegenüber. Damals flossen die landwirtschaftlichen Produkte langsamer aus der Provinz heraus, sodaß hier ständig ein Überbestand an landwirtschaftlichen Produkten vorhanden war. Die Lebenshaltungskosten waren daher niedrig und der Arbeiter kam mit niedrigen Löhnen aus, was der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft zugute kam. Die Kohlen konnten zu billigen Seefrachtsätzen aus England und Schottland hereingebracht werden. In Ostpreußen stießen sie auf die Konkurrenz der oberschlesischen Kohle. Die preußische Staatsregierung hatte, um der oberschlesischen Kohle die Konkurrenz zu ermöglichen, besondere Kampfstarife eingerichtet, sodaß damals Ostpreußen den Vorteil aus diesen Kampfstarifen genoß, indem es auch die oberschlesische Kohle sehr billig bezog. Das Einfuhrscheinssystem gestattete den Export des Getreides über See. Die Binnenwasserstraßen,

die nach dem Gebiet links der Weichsel führten, gestatteten eine billige Verfrachtung nach dem Westen. Der Memelstrom brachte jährlich 1—2 Millionen Festmeter Rundholz als Rohmaterial für die Schneidemühlenindustrie Ostpreußens. Günstige Ausnahmetarife der preußischen Eisenbahn machten die Grenzlage erträglicher, insbesondere die Ostpreußenstaffel für Holz und Getreide und innerhalb der Provinz die Seehafenausnahmetarife, die eine Begünstigung der Seehäfen Ostpreußens bezweckten. Zu erwähnen ist noch die Bestimmung, die wir in dem Zusatzprotokoll zum alten russischen Handelsvertrag hatten, der die Konkurrenz zwischen den preußischen Häfen Danzig, Memel, Königsberg einerseits und den russischen Häfen Libau, Riga und Petersburg andererseits in günstiger Weise regelte.

Für Ostpreußen war die geographische Lage zu Rußland damals günstiger, als Bezugsquelle und als Absatzgebiet spielte Rußland eine erhebliche Rolle für die Provinz. Wer Ostpreußen bereisen will, wird vor allem auf die Eigenart seiner wirtschaftlichen Struktur achten müssen. Wir befinden uns in einer überwiegend agrarischen Provinz. Nach der Volkszählung von 1925 wohnten 61 Prozent der Bevölkerung in Landgemeinden unter 2000 Einwohnern gegenüber 36 Prozent im Reich. Die ostpreußische Landwirtschaft hat zu leiden unter den Schwierigkeiten eines harten Klimas. Sie hat nur mit einer kurzen Vegetationsperiode zu rechnen. Das zwingt dazu, daß die ganzen landwirtschaftlichen Arbeiten auf eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt werden. Das erfordert mehr Arbeiter und Gespanne. Es kommt hinzu, daß der harte ostpreußische Winter dazu zwingt, die Wohn- und Stallgebäude wetterfester und daher teurer herzustellen. Die Frostgefahr für unsere Saaten ist infolge der größeren Zahl der Frost- und Eistage bei uns viel größer als im übrigen deutschen Lande. Trotzdem konnte man mit Freuden feststellen, daß in Ostpreußen die Landwirtschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen hat. Der ostpreußischen Viehzucht kamen sehr zu statten die russischen Futtermittel, die in großer Menge und guter Qualität über die Grenze kamen.

Über den Ruf der ostpreußischen Warmblutzucht brauche ich nichts weiter zu sagen. Die Tatsache allein genügt, daß dreiviertel der gesamten Remonten der preußischen, sächsischen, bayrischen und württembergischen Armee aus Ostpreußen bezogen wurden.

Ostpreußen war und ist Überschußland in Agrarprodukten. In den Jahren 1909—1913 hat Ostpreußen nach Deckung des Eigenbedarfs aus der Provinz ausgeführt:

Roggen	203 000	to
Weizen	15 000	"
Hafer	69 000	"
Kartoffeln	19 000	"
Pferde	10 000	Stüd
Rindvieh	216 000	"
Schweine	647 000	"
Schafe	60 000	"
Butter	6,3	Mill. kg
Käse	19,7	" "

Geflügel und Eier. Es ist heute in der Lage, Nahrungsmittel für 3 Millionen Menschen auszuführen nach Abrechnung des Bedarfs für seine eigene Stadt- und Landbevölkerung.

Ostpreußens Industrie ist infolge der großen Entfernungen von den großen Kohlenzentren nur eine kleine. Von bedeutungsvolleren Firmen ist die Werft von Schichau in Elbing und die Unionwerft in Königsberg zu erwähnen, ferner die Automobil- und Traktorenfabrik von Romnick zu Elbing, die Waggonfabrik von Steinfurt in Königsberg, etwas chemische Industrie, Landmaschinenfabriken, Ziegeleien, Mühlen, die vor allem das russische Getreide vermahlen, und vor allem die hier stark entwickelte Sägewerks-Industrie.

Der Handel beschränkte sich nicht auf das ostpreußische Hinterland, sondern war stark auf den russischen Transit eingestellt. Getreide, Hülsenfrüchte, Holz, Hanf, Seide und Ölkuchen gingen aus Rußland über Ostpreußen und umgekehrt gingen über Ostpreußen Heringe, Maschinen, Salz und Düngemittel nach Rußland. Ich darf hervorheben, daß drei Viertel der ganzen seewärtigen Ausfuhr Königsbergs russischer Herkunft war. Auch der see- und bahnseitige Handel in Flach, Hanf und Seide war fast gänzlich russischer Herkunft, Holz gleichfalls der größte Teil. Zweidrittel der Gesamteinfuhr Königsbergs an Heringen gingen nach Rußland.

Mit dem Kriegsausbruch und Kriegsende sind in der ostpreußischen Wirtschaftslage durchgreifende Veränderungen eingetreten. Schon während des Krieges ist Ostpreußen schwerer betroffen worden als jeder andere Landesteil. Ostpreußen war 1914 bis 1915 Kriegsschauplatz und ist zweimal von der russischen Invasion heimgesucht worden. 41 000 Gebäude sind in Flammen aufgegangen oder sonstwie zerstört worden. Mehr als eine halbe Million Flüchtlinge mußte Haus und Hof verlassen und als sie nach Jahr und Tag zurückkehrten, fanden sie nur Trümmerhaufen

vor. Ein erheblicher Teil der ostpreußischen Arbeit, Kraft und Fähigkeit mußte darauf verwandt werden, die Wohnstätten mit Hilfe von Reich und Staat wieder aufzubauen. Wertvolle Jahre gingen dadurch anderer nutzbringender Arbeit verloren.

Der Friedensschluß brachte für Ostpreußen den Verlust des Memelgebiets mit 265 000 ha und 141 000 Einwohnern und den des Soldauer Gebiets von 50 000 ha mit 25 000 Einwohnern, zusammen 315 000 ha mit 166 000 Einwohnern. Verwaltungsmäßig zugeschlagen zu Ostpreußen wurde der Restbestand der alten Provinz Westpreußen in einer Größe von 292 000 ha mit 244 000 Einwohnern. Das ist der jetzige Regierungsbezirk Westpreußen. Die größte Schwierigkeit für Ostpreußen ergibt sich einmal durch die Abschnürung vom Reich durch den Korridor und den Freistaat Danzig und zum andern durch die Abschnürung von Rußland durch die Randstaaten.

Von den wirtschaftlichen Rückwirkungen, die der Korridor und die neue Grenzziehung auf Ostpreußen ausübt, ist zu erwähnen, daß nicht weniger als 12 Kreise verloren gegangen oder zerschnitten sind ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche oder kulturelle Zusammenhänge. Ich darf betonen, daß in Ostpreußen mehrere Städte durch die Grenze ihrer Bahnhöfe beraubt sind und daß die Grenze zwischen der Stadt Tilsit und ihrem Wasserwerk mitten hindurchgeht. Sie werden, meine Damen und Herren, bei der Bereisung sehen, daß Marienburg und Tilsit ihr wirtschaftliches Hinterland zum weitaus größten Teil verloren haben. Eine Reihe von Straßen ist zerschnitten und Ersatzstraßen nötig geworden. Die Bahn Freystadt—Bischhofswerder mußte erbaut werden, da Bischhofswerder von der Bahn durch die Grenze abgeschnitten war. Gebaut werden muß noch die Bahn Gilgenburg—Neidenburg, als Ersatz für die frühere Linie über Soldau. Eins der schwerwiegendsten Momente ist die Tatsache, daß zwischen Ostpreußen und den abgetretenen Gebieten vor dem Kriege ein lebhafter Verkehr bestanden hat, der jetzt durch die Schaffung des polnischen Korridors unmöglich gemacht ist. 1913 betrug der Umsatz zwischen Ostpreußen und den abgetretenen Gebieten 861 000 to, das ist etwa $33\frac{1}{3}$ % des Bahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich überhaupt. Im Jahre 1924 betrug der Bahnversand nach diesen Gebieten aus Ostpreußen nur noch 4,9 %, der Empfang aus diesen Gebieten 1924/25 nur 2,7 bzw. 1,8 % des ostpreußischen Eisenbahnempfanges. In Frage kamen vor allem Getreide, Mehl, Futtermittel, Hülsenfrüchte und Holz. Die Landwirtschaftskammer hat berechnet, daß allein landwirtschaftliche Produkte zum Umsatz gelangten 1913 = 220 000 to, 1924 nur noch 9 600 to und 1925 = 17 000 to.

Der Viehumsatz nach den abgetretenen Gebieten betrug 1913 191 000 Stück = 25—33 % des ostpreussischen Rindviehverkehrs, 1924 1 200 Stück, 1925 1 700 Stück.

Dem ostpreussischen Großhandel fehlt die Ausgleichsprovinz zum Abstoßen zu großer Läger und zur raschen Beschaffung von Fehlmengen.

Infolge des Wegfalls dieses Gebiets als Absatzgebiet und Bezugsquelle muß Ostpreußen Ersatz jenseits des Korridors suchen. Es muß die von ihm benötigten Waren von jenseits des Korridors kaufen und seine Produkte jenseits des Korridors verkaufen. Die Folge davon ist, daß wir ein Mehr an Frachten aufwenden müssen, das ganz erheblich ist. Die Reichsbahn berechnet in ihrem amtlichen Material, daß die durchschnittliche Transportentsendung für Ostpreussische Güter, die im Frieden 120 km betrug, jetzt ziemlich doppelt so groß ist.

Die Frachttribute, die wir infolge des Korridors mehr aufwenden müssen, betragen nach der Berechnung der Industrie- und Handelskammer Allenstein für sämtliche Waren, die wir über den Korridor verkaufen oder beziehen, jährlich 19 Millionen. Für die landwirtschaftlichen Produkte und den landwirtschaftlichen Bedarf allein betragen sie 15½ Millionen in einem Jahr. Diese Summe muß Ostpreußen mehr als jeder andere Landesteil aufwenden. Also es ist schon etwas daran, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß die frachtmäßige Entfernung zwischen uns und dem Reich jetzt wesentlich größer ist als in der Vorkriegszeit. Der Schaden der Provinz besteht aber nicht allein in dieser erheblichen jährlichen Mehrbelastung von Fracht, sondern auch darin, daß uns diese Vorausbelastung konkurrenzunfähiger macht gegenüber den andern deutschen Landesteilen und gegenüber Polen. Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu. Während wir zur Zeit vor dem Kriege das Gebiet von Suwalki und Wilna als natürliches Hinterland hatten, ist Polen jetzt bestrebt, durch Tarifmaßnahmen und Bahnbauten hier eine Änderung vorzunehmen, dergestalt, daß der Warenverkehr aus diesem Hinterlande um Ostpreußen herum auf Danzig und Gdingen abgelenkt wird. Polens Frachten sind billiger als unsere mit Rücksicht auf Polens Valuta. Dieser Umstand kommt Polen bei diesem Umleitungsmanöver zuhilfe.

Es kommt noch hinzu, daß Rußland als reiche Futtermittelquelle für Ostpreußen versiegt ist, so daß wir genötigt sind, die Futtermittel von Hamburg oder Bremen wesentlich teurer zu beziehen. 1913 bezogen wir beispielsweise russische Futtermittel 346 000 to, 1924 nur noch 55 000 to und 1925 = 80 000 to.

Der Holzhandel und die Holzindustrie in Ostpreußen, besonders der Teil der Industrie, der sich im Norden der Provinz angesiedelt hat, leiden schwer unter der jetzigen Lage. Die ganze Holzflößerei auf dem Memelstrom im Betrage von etwa 1—2 Millionen Festmeter jährlich hat infolge des latenten Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen aufgehört. Das Zellstoffholz muß auf dem Seeweg von Finnland und anderes Holz auf dem Bahnweg teurer bezogen werden. Dazu kommt, daß unsere Holzindustrie einen schweren Nachteil dadurch hat, daß das polnische Fertigprodukt, das Schnittholz, auf einem kürzeren Wege und zu billigeren Frachten nach Berlin und dem Westen über Schneidemühl gebracht werden kann und dadurch in schärfster Konkurrenz mit unserem Holze steht. Dieser Umstand und der Mangel an Rohmaterial haben bewirkt, daß die einst blühende Holzindustrie größtenteils still liegt. Die Bahnstrecke Königsberg—Prostken, die früher eine sehr belebte Handelsstraße war, wird jetzt sehr wenig befahren; es herrscht hier ein geringer Verkehr infolge der polnischen Tarifpolitik, und es besteht die Gefahr, daß der Verkehr sich noch mehr verringern wird, wenn die jetzt geplante Bahn Bialystok—Mława—Thorn durchgeführt werden wird.

Nun einige Worte noch über die wirtschaftlichen Rückwirkungen der Schwierigkeiten des Korridor-Verkehrs. Sie werden diese Schwierigkeiten, da Sie ohne besondere Paßkontrolle den Korridor glatt durchfahren sind, gewiß etwas geringer einschätzen, als sie tatsächlich sind. Aber man darf nicht vergessen, daß es langer Arbeit bedurft hat, diese ungestörte Durchfuhr zu erreichen. Früher kam es öfters vor, daß Streiks und militärische Maßnahmen zu Beschlagnahmungen führten, sodaß tage- ja wochenlang der Korridor-Verkehr unterbrochen war. Das ist nun anders geworden, seit wir den Pariser Vertrag haben, worin der freie Durchgangsverkehr Ostpreußens durch den Korridor geregelt wird. Es sind privilegierte Korridorzüge geschaffen, für die ein besonderes Visum nicht erforderlich ist und die von der Zollkontrolle befreit sind. Aber wir wollen folgendes nicht vergessen: erstmals ist der ganze Personenverkehr auf drei nördliche Durchgangsstrecken beschränkt. Der Verkehr nach Schlessien fiel zunächst ganz unter den Tisch. Es ist jetzt eine mühsame Verbindung nach Schlessien zu geschaffen. Auf der Strecke Dt. Eylau—Berlin haben wir heute täglich nur 7 Zugpaare, während vor dem Kriege 17 Zugpaare verkehrten. Es kommt hinzu, daß Polen vorschrieb, daß, wenn die Besetzung dieser Züge weniger als 60 % betrage, sie eingehen müßten. 60 % ist eine ungemein hohe Zahl. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Züge bei der deutschen Reichsbahn noch für rentabel gelten, wenn sie im Durchschnitt einen Verkehr von 30 %

aufweisen. Sie können sich dabei vorstellen, daß da eine Zugbesetzung mit 60 % auf die Dauer kaum garantiert werden kann, Polen hierbei immer die Hand an unserer Kehle hat. Um die Schwierigkeiten, die sich aus der Beschränkung des Korridorverkehrs ergeben, zu mildern, ist der Seeverkehr Swinemünde-Pillau eingerichtet. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß unsere deutsche Reichsbahn schwer darüber klagt, daß durch die Abfertigung von Gütern auf den Grenzstationen der Güterverkehr derartig verzögert wird, daß man dabei mindestens mit einer 30 prozentigen Verspätung rechnen muß, die von den Geschäftsleuten auf die Dauer schwer empfunden wird, da sie die Konkurrenzfähigkeit der ostpreussischen Firmen beeinträchtigt. Die Achsenzahl ist beschränkt auf 100 Achsen. Eine Ermäßigung der Frachttarife nach Ostpreußen ist sehr erschwert, weil dabei die polnische Zwischenstrecke berücksichtigt werden muß und im Korridor an Polen die polnischen Normaltarife zu vergüten sind.

Die Binnenschiffahrt durch das Korridorgebiet, die vor dem Kriege recht lebhaft war, ist jetzt absolut tot. Man hat noch kein deutsches Schiff durch den polnischen Korridor fahren gesehen. Der Luftverkehr über den Korridor liegt gleichfalls still. Ein Luftverkehr zwischen uns und Oberschlesien wäre zu wünschen, hat sich aber noch nicht ermöglichen lassen.

Wie gestaltet sich nun die Rückwirkung der ganzen Korridor-Frage auf die Kapitalkraft und den Kapitalbedarf? Ostpreußen ist ein Überschussgebiet an Menschen und an landwirtschaftlichen Produkten, aber es braucht Kapital aus dem übrigen Deutschland. Die Frage des Realkredits ist jetzt ganz besonders schwierig; die Hypothekendarlehen hüten sich, Gelder in Ostpreußen anzulegen, weil sie Ostpreußen nicht als sicher sondern als gefährdet ansehen. Auch ostpreussische Pfandbriefe und Obligationen sind jetzt schwerer absetzbar. Was den Personalkredit anbetrifft, so liegt die Sache so, daß, soweit wir Personalkredite bekommen, die Banken eine Risiko-Prämie von 1 bis 2 % zuschlagen. Das bedeutet eine Vorausbelastung unserer Wirtschaft um jährlich 3—4 Millionen.

Über die Rückwirkungen des Korridors und der Grenzziehung auf den Arbeitsmarkt und das Wohnungswesen ist folgendes zu sagen: Wir haben jetzt eine Grenze von etwa 900 km, die überhaupt nicht dicht gehalten werden kann. Dies bewirkt naturgemäß eine starke Zuwanderung von Verdrängten und Flüchtlingen, die aus den Nachbarländern zu uns kommen. Wir haben früher 4 große Lager in Ostpreußen unterhalten, um den Flüchtlingsstrom aufzunehmen. Die Provinz hat die schwere Last der Wohnungs- und Armenfürsorge zu tragen. Die Wohnungsnot

ist daher bei uns in Ostpreußen ganz besonders schwer. Eine Folge unserer isolierten Lage ist, daß, wenn unsere Qualitätsarbeiter bei herrschender Arbeitslosigkeit abwandern, sie nicht, wie im Westen, zur benachbarten Industrie übergehen können, sondern uns dauernd verlassen. Der Qualitätsarbeiter, der einmal den Weg nach dem Westen gegangen ist, den sehen wir in der Provinz niemals wieder.

Noch ein Wort über die Abwanderungsverluste, die wir in der Provinz erleiden, die für den Westen noch das Überschußgebiet von Menschen ist. Wir geben seit Jahrzehnten Menschenmaterial an den Westen ab, Menschen, die wir hier bis zum 20. Lebensjahr, jedenfalls bis zur Erreichung der Arbeitsfähigkeit, ernährt haben. Sie gehen nach dem Westen und kommen erst zurück, wenn sie der Armenpflege anheimfallen.

Die Abwanderungsverluste in den 80 Jahren von 1840—1919 betragen 730 400 Personen, durchschnittlich 9 000 Personen. Diese Verluste haben sich in den späteren Jahrzehnten gesteigert. Sie betragen 1871—1910 durchschnittlich 17 000 jährlich und 1919—1925 121 700 = durchschnittlich 20 000 pro Jahr.

Wir ersehen daraus, daß das Tempo dieser Abwanderung im Laufe der Jahrzehnte zunimmt. Diese Abwanderung besonders nach dem Kriege ist höchst bedauerlich; wir dürfen auch nicht verkennen, daß dieser Abwanderungsverlust, diese Blutabzapfung eine national-politische Gefahr ist, besonders heute, wo wir als Insel inmitten einer vom Slawentum umbrandeten Flut stehen. Die Abwanderung ist heute gefährlicher als früher. Ostpreußen hat im Durchschnitt 61 Einwohner auf 1 qkm; Preußen etwa doppelt soviel, nämlich 130 und das polnische Weichselgebiet 120.

Was die Viehseuchenbekämpfung anbetrifft, so möchte ich auf folgendes hinweisen. Wir haben 900 km Grenze, die wir nicht auf die Dauer absperren können. Die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten der Seuchenbekämpfung können Sie sich vorstellen. Für Bekämpfung von Menschenseuchen gilt das gleiche. Die Gefährdung der Provinz und damit des Reiches hinsichtlich der Cholera-Gefahr wird sich erst voll zeigen, wenn der Memelstrom für die zahlreichen Holzflöße aus Rußland einmal wieder frei sein und dadurch die Gefahr der Choleraeinschleppung wesentlich erhöht sein wird.

Inbezug auf das Meliorationswesen ist Ostpreußen noch sehr im Rückstande. Vor allem fehlt auch eine geregelte Vorflut für die nord-südlich nach Polen entwässernden Landesteile. Vor dem Kriege bestanden in dieser Hinsicht Abmachungen mit Rußland betreffend der Regulierung der Flußläufe. Polen läßt seine Wasserläufe verfallen, sodaß wertvolle Wiesengebiete im südlichen Ostpreußen versumpfen.

+ Seuchenvermeidung 13

1907 - 19 65 000

12 000

Infolge Verlusts der beiden Agrarprovinzen Posen und Westpreußen erfolgt ein stärkerer Abfluß der landwirtschaftlichen Produkte aus Ostpreußen. Lebenshaltung und Löhne werden dadurch verteuert. Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden darunter in gleicher Weise.

Die früheren Eisenbahn-Ausnahmetarife sind jetzt durch Staffeltarife ersetzt. Diese bieten auf weite Entfernungen Vorteile, jedoch ist die absolute Fracht gegenüber den alten Ausnahmetarifen wesentlich höher. Die Nachtarife sind gegenüber der Vorkriegszeit ganz wesentlich erhöht, was innerhalb der Provinz, besonders von dem Hafen Königsberg schwer empfunden wird.

Der Königsberger Hafen steht jetzt in ungeschützter Konkurrenz gegen Danzig und Memel, die, wirtschaftlich gesehen, Ausland geworden sind. Die Wareneinfuhr Königsbergs mit seinem Vorhafen Pillau ist von 3 392 000 to im Jahre 1913 auf etwa die Hälfte, nämlich auf 1 856 000 to im Jahre 1924 gesunken.

Die Landwirtschaft Ostpreußens hat es besonders schwer, da sie die katastrophale Mißernte des Jahres 1924 und zwei weitere mangelhafte Ernten hinter sich hat. Die Betriebsunkosten sind durch Frachten, Löhne, Schuldzinsen und Schullasten nach dem Kriege wesentlich höher geworden.

Ein für unsere Volkswirtschaft gefährlicher Übergang zur extensiven Wirtschaft muß festgestellt werden. Die Zunahme der Viehweiden und Hutungen unter gleichzeitigem Minderbezug von Futtermitteln und ohne entsprechende Vermehrung des Viehbestandes ist ein ernst zu nehmendes Anzeichen hierfür.

Noch deutlicher spricht hierfür die Abnahme des Verbrauchs an künstlichem Dünger. Im Reich wurden davon 1925 bereits 107 % der Vorkriegszeit verbraucht, in Ostpreußen nur 78 %. Der Verbrauch ging 1926 gegenüber 1925 weiter erheblich zurück.

Mit der Landwirtschaft gemeinsam leiden Handel, Industrie und Handwerk, da sie in Ostpreußen von ihrem Wohlergehen abhängig sind. Mit Polen und Litauen besteht noch kein nennenswerter Handelsverkehr.

Die Konkursziffern Ostpreußens stehen weit über denen des Reichs und Preußens.

Fragen wir uns nun, wo der Hebel anzusetzen ist, um dem weiteren Verfall der ostpreußischen Wirtschaft entgegenzuwirken, so werden Ihnen in den nächsten Tagen zweifellos zahlreiche Einzelvorschläge unterbreitet werden, denen ich nicht vorgreifen will.

Ich möchte mich nur auf einige der wesentlichsten Punkte beschränken.

1. Der sehr ernstesten Gefahr der weiteren Extensivierung der Landwirtschaft muß mit allen Mitteln durch Förderung der Produktion entgegengewirkt werden.

Ostpreußen hat noch rund 600 000 Hektar drainagebedürftiger Ackerfläche, deren planmäßige Drainierung einschließlich Vorflutbeschaffung etwa 200 bis 240 Millionen erfordert.

Bei ausreichendem Kredit und Röhrenversorgung könnten jährlich etwa 20 000 Hektar drainiert werden.

Der Baugeldbedarf beträgt jährlich 6 bis 8 Millionen.

Durch Binnenentwässerungs- und Flußregulierungsgenossenschaften und Deichverbände sind in Ostpreußen noch etwa 200 000 Hektar meliorationsbedürftiger Grünlandgebiete zu erfassen.

Die Gesamtkosten stellen sich auf etwa 100 Millionen Mark, wovon jährlich 3 bis 4 Millionen benötigt werden.

Für die notwendigen Folgeeinrichtungen, ohne die die Melioration nichts nützt, wären jährlich 4 bis 6 Millionen erforderlich.

Der jährliche Baugeldbedarf für Meliorationen würde danach insgesamt 13 bis 18 Millionen betragen.

Auch die sonstigen, auf Produktionsförderung abzielenden Maßnahmen der Landwirtschaftskammer wären großzügig zu fördern.

Ich will dabei den Ausführungen des Herrn Präsidenten Brandes nicht vorgreifen, möchte Ihnen jedoch besonders die Frage der Beispielswirtschaften und Versuchsringe, die sehr segensreich wirken können, warm ans Herz legen.

2. Die Sonderbelastung der ostpreußischen Wirtschaft durch die höheren Zinssätze, die hier gezahlt werden müssen, läßt sich durch Einwirkung auf die Hypothekenbanken natürlich nicht beseitigen.

Es bleibt nur das Mittel, daß der Staat versucht, auf einen Nettozinsfuß von 6 Prozent für die erststelligen Hypotheken des wichtigsten ostpreußischen landwirtschaftlichen Kreditinstituts, der Ostpreußischen Landschaft, hinzuwirken, weil diese Maßnahme auf eine allgemeine Absenkung des Zinssatzes für erststellige Hypotheken vorteilhaft einwirken muß.

Eine energische Förderung der bisher mit unzulänglichen Mitteln in Angriff genommenen Hingabe billiger Kredite für den Kleinbäuerlichen Besitz durch die Kreisparlamente muß gleichfalls energisch fortgeführt werden.

3. Die Belastung aller Schulverbände mit Schullasten ist nach Abzug aller Staatszuschüsse gegenüber dem Jahre 1913 auf durchschnittlich etwa das dreifache, in einzelnen Fällen sogar bis auf mehr als das siebenfache gestiegen und in dieser Höhe einfach nicht tragbar.

Eine Anzahl von Schulverbänden muß 5 bis 600 Prozent der Maßstabsteuern aus § 9 des Volksschulunterhaltungsgesetzes umlegen.

Die Fonds für laufende Ergänzungszuschüsse werden eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

Ebenso ist eine erhebliche Verstärkung des Fondstitels für Volksschulneubauten sowie für einmalige Ergänzungszuschüsse für Ostpreußen unabweisbar, wenn das Volksschulwesen in den vielfach noch gänzlich unzureichenden Schulbauten nicht eine schwere Beeinträchtigung erfahren soll.

Gerade dies darf aber in einem national so umkämpften Gebiet, wie es Ostpreußen ist, unter keinen Umständen geschehen, da alle Kulturfragen hier ganz besonders liebevoller Fürsorge bedürfen.

4. Die Wohnungsnot ist vor allem infolge des Flüchtlingszustroms aus den Nachbargebieten verhängnisvoll groß.

In Elbing beispielsweise sind 58 Prozent, in Bischofswerder gar 82 Prozent aller Wohnungen Ein-Zimmerwohnungen.

Die Baulust ist an sich groß, im Gumbinner Bezirk hat beispielsweise aber aus Mangel an Mitteln nur $\frac{1}{4}$ der notwendigsten Hauszinssteueranträge berücksichtigt werden können.

Erhebliche Verstärkung der Hauszinssteuermittel und der Mittel für Arbeitgeberdarlehen tut bitter not.

5. Die wirtschaftliche Notlage spricht sich auch in der dauernden Zunahme des Geburtenrückgangs und der Sterblichkeitszunahme aus.

Im Bezirk Marienwerder ist die Geburtenziffer von 25,6 auf 1000 Einwohner im Jahre 1925 auf 24,3 im Jahre 1926 gesunken, im Bezirk Gumbinnen von 23,7 Geburten auf 1000 Einwohner auf 22,9.

Ostpreußen als Einfallstor für die asiatische Cholera und andere Seuchen verfügt demgegenüber über keine nennenswerten Mittel zur Seuchenbekämpfung.

Die Tuberkulosegefahr wächst.

Im Gumbinner Bezirk waren mehr als 10 % aller Todesfälle auf Tuberkulose zurückzuführen.

Es fehlt dringend an Krankenhäusern und sonstigen Bekämpfungsmitteln.

6. Die Verstärkung der Mittel für Gemeindefruchtwasserstationen und Kindergärten ist dringend erwünscht.

7. Hinsichtlich der Provinzialdotationen ist Ostpreußen im Verhältnis zu den reicheren Westprovinzen nach und nach immer schlechter gestellt worden.

Es wäre dringend zu wünschen, daß auch hier etwas mehr Verständnis für die schwierige Sonderlage der Provinz seitens der westlichen Landesteile und der Parlamente aufgebracht würde.

8. Die Chausseen und Wege der Provinz sind dadurch, daß sie lange Zeit Kriegsgebiet und später Stappengebiet war, in Grund und Boden gefahren.

Die Wiederherstellung und laufende Unterhaltung geht über die Leistungsfähigkeit der Kommunalverbände weit hinaus.

Dazu kommt, daß das Straßen- und Eisenbahnnetz in der Vorkriegszeit hier stark in der Entwicklung zurückgeblieben ist. Jede Landstraße bedient in Ostpreußen durchschnittlich einen um die Hälfte größeren Flächenstreifen, jede Eisenbahnstrecke einen fast um die Hälfte größeren Flächenstreifen als im übrigen Preußen.

Die Schaffung eines engmaschigen Verkehrsnetzes ist aber ein wesentliches Moment für die so notwendige Förderung der Siedelung und der Bevölkerungsdichte.

Ich würde es dankbar begrüßen, wenn hier energische und durchgreifende Hilfe gewährt werden könnte.

9. Daß die Siedlung in der menschenarmen Provinz Ostpreußen wesentlich stärker als bisher gefördert werden muß, wenn wir uns auf die Dauer nationalpolitisch halten wollen, ist so oft betont, daß ich mir weitere Ausführungen darüber an dieser Stelle wohl ersparen kann, zumal es heute nicht meine Aufgabe sein kann, Ihnen die zahlreichen Einzelwünsche vorzutragen, die ich den zuständigen Ministerien zugeleitet habe und noch zuzuleiten gezwungen bin.

10. Ein Problem lassen Sie mich noch kurz berühren, daß nicht direkt zu Ihrer Zuständigkeit gehört, aber von ganz entscheidender Bedeutung ist.

Ich habe ausgeführt, daß durch die Dazwischenschaltung des für uns wirtschaftlich toten Korridor Gebiets Ostpreußen frachtlieh vom Deutschen Reiche wesentlich weiter entfernt liegt als vor dem Kriege.

Betrachtet man dieses Problem lediglich von dem Gesichtspunkt aus, daß die andern Provinzen durch diese Entwicklung wirtschaftliche Vorteile erlangt haben, die sie nicht wieder aufgeben möchten, dann läßt sich diese Frage überhaupt nicht lösen.

Will man dagegen Ostpreußens Produktion dieselbe Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den andern Landesteilen und gegenüber Polen wiedergeben, die sie vor dem Kriege hatte, dann bleibt nur der Weg übrig, mit Reichsmitteln die ostpreußischen Frachten grundsätzlich wesentlich zu senken.

Einen anderen Weg sehe ich nicht.

Es ist ein sehr trübes Bild, das ich Ihnen von der Gesamtlage der Provinz zeichnen mußte.

Die Extensivierung der Landwirtschaft, die höhere Kontursziffer in Ostpreußen, sowie die hohe Abwanderungsziffer und der stark zunehmende Geburtenrückgang in Ostpreußen sind Warnungssignale, die in ihrer schwerwiegenden Bedeutung nicht verkannt werden dürfen.

Es handelt sich nicht darum, daß es hier einer preußischen Provinz schlechter geht als andern, sondern insbesondere darum, ob Ostpreußen noch in der Lage bleiben kann, den exponiertesten Posten des Deutschen Reiches auf die Dauer zu halten.

Der ehemalige polnische Konsul Grokowski in Königsberg hat in seiner auch Ihnen bekannten Broschüre dargelegt, daß Ostpreußen infolge seiner Abschnürung auf die Dauer wirtschaftlich verkümmern müsse. Dann werde das Interesse des Reichs an der ausgepowerten Provinz erlahmen und Ostpreußen ganz von selber dem polnischen Staate zufallen, weil es andernfalls nicht bestehen könne.

Helfen Sie mit, daß diese Prophezeiungen eines scharfen ausländischen Beobachters nicht zur Wahrheit werden.

Mit kleinen Geschenken eine augenblickliche Mißstimmung zu beschwichtigen, kann nicht die Aufgabe der Stunde sein.

Die Landwirtschaftskammer hat kürzlich den Vorschlag gemacht, ein besonderes Reichsministerium oder Staatssekretariat für Ostpreußen zu schaffen.

Ich kann mich für diesen Vorschlag nicht erwärmen.

Nicht darum handelt es sich, neue Behörden oder Beamtenstellen zu schaffen, sondern darum, großzügig auf eine Reihe von Jahren erhebliche Mittel in den Reichs- und den preußischen Etat einzustellen für zielbewußte und langfristige wirtschaftliche und kulturelle Stärkung nicht nur des deutschen Ostens überhaupt, sondern vor allem seines am weitesten vorgeschobenen und zugleich wichtigsten Vorpostens Ostpreußen.

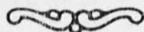
Die Parlamente des Reichs und Preußens würden eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie, die Bedeutung dieser Frage verkennend, sie lediglich unter dem Gesichtswinkel des natürlichen Wettbewerbs der einzelnen Landesteile und Wahlkreise behandeln wollten und verkennen würden, daß es sich hier um die zur Zeit wichtigste Frage der deutschen Politik überhaupt, um eine große allgemein deutsche Frage handelt.

Möge nicht nur der deutsche Reichstag, sondern auch das Preußenparlament die gewaltige Bedeutung des Ostpreußenproblems für ganz Deutschlands Zukunft nicht verkennen.

Daß Sie zu uns gekommen sind, zeigt uns, daß Sie gewillt sind das Ostpreußenproblem ernstlich zu studieren.

Möge aus diesem Studium der ernste Wille zu entschlossener und großzügiger Tat erwachsen.

Mit diesem Wunsche heiße ich Sie nochmals in Ostpreußen; herzlich willkommen!



Ostpreußens wirtschaftliche Lage.

Von Präsident Dr. Brandes.

Meine Damen und Herren, ich darf einige allgemeine orientierende Bemerkungen voranschicken:

I. Ostpreußen ist ein großes Gebiet. Wie Sie aus den beiden Tabellen ersehen wollen (Anlage I und II) hat Ostpreußen von allen preußischen Provinzen die überhaupt größte landwirtschaftlich genutzte Fläche, und auch der Vergleich mit dem Reich zeigt, daß Ostpreußen eine erheblich größere landwirtschaftlich genutzte Fläche hat als irgendein Bundesstaat außer Bayern. Mit seinen Anbauflächen von verschiedenen Früchten steht es in Preußen fünfmal an erster Stelle, dreimal an zweiter, zweimal an dritter und nur zweimal an fünfter bezw. sechster Stelle: im Reiche, auch wenn man Bayern, das ja erheblich größer ist, mitrechnet, dreimal an erster, viermal an zweiter, dreimal an dritter Stelle.

Größe.

Welche Bedeutung die Provinz für die Nahrungsmittelbelieferung Deutschlands hat, ersehen Sie aus Tabelle 3 (Anlage III), wonach Ostpreußen außer für seine eigene Bevölkerung in Land und Stadt noch Nahrungsmittel für 3 Millionen Menschen außerhalb der Provinz schafft.

Was es volkswirtschaftlich bedeuten würde, wenn die ostpreußische Produktion ausfallen oder zurückgehen würde und diese Nahrungsmittel aus dem Auslande bezogen werden müßten, und wie dann die deutsche Handelsbilanz aussehen würde, brauche ich nicht auszuführen.

II. Ostpreußen gilt vielfach im Reich als das ausgesprochene Land des Großgrundbesitzes. Das trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu. Es kamen nach der letzten Betriebszählung des Jahres 1925 von landwirtschaftlich genutzter Fläche auf die Betriebe von:

Verteilung.

	Ostpreußen:	Reich:
2—20 ha	25,80%	47,2%
20—200 „	43,7%	31,3%
über 200 „	28,6%	15,3%

Es haben mithin die bäuerlichen und großbäuerlichen Betriebe fast die Hälfte der gesamten ostpreussischen landwirtschaftlichen Nutzfläche inne, sie machen zusammen mit den Kleinbetrieben der Größenklasse 2 bis 20 ha rund 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus.

Charakteristisch für Ostpreußen sind also in erster Linie die bäuerlichen und großbäuerlichen Betriebe. Im Vergleich zum Reich hat Ostpreußen weniger Kleinbetriebe, mehr bäuerliche und großbäuerliche Betriebe und auch mehr Großbetriebe.

Ich muß hierbei darauf aufmerksam machen, daß ein solcher Vergleich nur nach Flächenmaß wirtschaftlich noch kein richtiges Bild ergibt. Denn die schwierigen klimatischen Verhältnisse in unserer Provinz sind Ursache dafür, daß in Ostpreußen durchschnittlich auf der Flächeneinheit — das zeigt die Erntestatistik — weniger produziert wird als im Reich, es sind also zum eigenen Lebensunterhalt in Ostpreußen größere Flächeneinheiten notwendig als in anderen Gebieten des Reiches. Dazu kommt, daß die besondere Intensivform der Landwirtschaft: Gartenbau, Gemüsebau, Obstbau, Zuckerrübenbau in Ostpreußen durch klimatische und Absatzschwierigkeiten in ihrer Ausdehnung stark zurücktreten, was auch die Durchschnittsgröße der Betriebe beeinflusst.

Agrarischer
Charakter.

III. Ostpreußen gilt als ausgesprochene Agrarprovinz. Das ist richtig. Von der Bevölkerung wohnten im Jahre 1925

	in Ostpreußen:	im Reich:
	%	%
in Landgemeinden bis 2000 Einwohner . . .	61	36
in Klein- und Mittelstädten von 2000 bis 100 000 Einwohner	27	37
in Großstädten über 100 000 Einwohner . .	12	27

Also weit über die Hälfte der Bevölkerung wohnt auf dem Lande, und die Städte leben in der Hauptsache vom Lande, ihr Gedeihen ist auf das innigste mit der Landwirtschaft verflochten. Alle Kreise in der Provinz sind sich darüber klar, daß von dem Gedeihen der Landwirtschaft und von ihrer Kaufkraft auch das Gedeihen der Städte und der anderen Berufe abhängt. Das ist niemals überzeugender zu Tage getreten, als in den letzten Jahren, wo es der Landwirtschaft schlecht ging, und sie ihre Kaufkraft eingebüßt hatte.

Boden=
verhältnisse.

IV. Die Bodenverhältnisse sind in Ostpreußen keineswegs ungünstig. Die Qualität des ostpreussischen Bodens ist durch das Vorherrschen von guten Mittelböden, welche mehr als die Hälfte des Bodens belegen, günstiger als z. B. in Brandenburg, Hannover, selbst günstiger

als in Westfalen, günstiger als im Durchschnitt des Preussischen Staates. Die Sandböden der Provinz nehmen eine im Verhältnis kleinere Fläche ein, als dies in vielen anderen Provinzen der Fall ist.

WSR
50L

V. Diese an sich nicht ungünstigen Verhältnisse werden aber durch zwei Momente stark herabgedrückt; einmal durch das Klima und zweitens durch die Lage Ostpreußens zum Reich.

Klima.

Die meteorologischen Stationen geben im Vergleich zum Reich folgendes Bild: Man unterscheidet bekanntlich in der Meteorologie Eistage und Frosttage. Eistage sind solche, an denen die Temperatur während der ganzen 24 Stunden unter Null bleibt, Frosttage sind solche, an denen sie teils unter, teils über Null liegt. Von diesen Eistagen hat Ostpreußen 25 mehr als Mittel- und 37 mehr als Nordwestdeutschland. Noch gefährlicher für die Entwicklung der Pflanzen sind die Frosttage, an denen es also tags taut, nachts friert. Solche für Ostpreußen ganz charakteristischen Tage hat die Provinz 40 mehr als Mitteldeutschland und 44 mehr als Nordwestdeutschland. Wir können deshalb hier in Ostpreußen viele, und gerade die ertragreichsten Sorten und Pflanzen nicht bauen, weil sie das Klima nicht vertragen, und sind darauf angewiesen, uns selbst hier in Ostpreußen winter- und wetterfeste Saaten heranzuzüchten. Das gilt nicht nur von Getreidesaaten, sondern auch von Gras- und Kleesaaten und der Ansaat von Wiesen und Weiden.

Durch diese klimatischen Verhältnisse hat Ostpreußen etwa 25—50 Arbeitstage auf dem Felde weniger als das Reich. Das bedeutet eine Zusammendrängung der Arbeit auf kurze Zeit, erhöhten Bedarf an menschlichen und tierischen Arbeitskräften, also erhöhte Wirtschaftskosten. Während z. B. das Reich, trotzdem es Intensivkultur, wie z. B. Zuckerrübenbau, in weit größerem Maße betreibt als Ostpreußen, per 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche nur 7,7 Arbeitspferde braucht, sind in Ostpreußen trotz extensiverer Wirtschaft 11,2 Arbeitspferde für dieselbe Fläche nötig. Es ist ausgerechnet, daß dieses höhere Angespann für den ostpreussischen Landwirt eine jährliche Mehrbelastung von Futter und Wartung von über 4,— Mark je Morgen genutzter Fläche ausmacht.

Selbstverständlich liegen die Verhältnisse in einer Provinz von der Größe Ostpreußens nicht überall gleichartig. Am schwersten zu leiden haben die Gegenden mit extremen Bodenarten, das gilt einmal für die Gegenden mit extrem leichten Böden, insbesondere in den südlichen Teilen der Provinz, namentlich in Masuren. Diese Böden geben nicht

einmal die Möglichkeit, zur Weide- und Futterwirtschaft überzugehen, da Weideanlagen und Futterbau hier versagen. Roggen, Kartoffeln und Schweinezucht sind für diese Gegenden die ausschlaggebenden Produkte.

Die Verwertung der Kartoffel durch Schweinezucht bildet hier die Grundlage vieler Wirtschaften, namentlich der Kleinbäuerlichen. Die ganze Siedlungsfrage in diesen an sich für Siedlung wegen ihres leichter zu bearbeitenden Bodens durchaus geeigneten und an Polen angrenzenden Gebieten ist in absoluter Abhängigkeit von der Rentabilität der Schweinezucht, des Kartoffel- und Roggenbaues.

Umgekehrt sind es die ganz schweren Tonböden, an denen die Provinz ebenfalls reich ist, welche besonders zu leiden haben. Bei ihnen macht sich namentlich die Kürze der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit wie überhaupt die Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Bodenbearbeitung und jedes Übermaß von Masse höchst ungünstig bemerkbar. Gerade in den letzten nassen Jahren, auch in diesem Jahre, sieht man dort trostlose Bilder. Eine Umstellung dieser Wirtschaften auf noch stärkere Weide- und Futterproduktion wird vielfach notwendig sein.

Industrie,
Handel, Verkehr,
Handwerk.

VI. Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk. Die Entwicklung einer ostpreussischen Industrie ist wegen des Fehlens industrieller Rohstoffe nur in beschränktem Umfange möglich und in hohem Maße abhängig von dem Bedarf der Landwirtschaft. Einige sehr beachtenswerte industrielle Anlagen werden Sie besichtigen.

Handel und Verkehr blühten früher durch die Geschäftsbeziehungen mit Rußland: Fast ein Drittel der russischen Gesamtausfuhr nach Deutschland ging über Ostpreußen. Königsberg erhielt täglich 100 Waggons Getreide und sonstige Güter, nicht selten bis 500 Waggons. 200 000 to Futtermittel gelangten vor dem Kriege jährlich aus Rußland nach Ostpreußen. Zahllose Holzflöße schwammen die Memel und Weichsel herab und gaben der ostpreussischen Holzindustrie und dem Holzhandel Nahrung und Verdienst. Ostpreußen hatte das alles aus erster Hand billiger als andere Provinzen. Und wie sieht es heute aus? Die Futtermittel müssen über Hamburg oder Rotterdam bezogen werden oder haben einen langen Seeweg. Durch den Versailler Frieden sind die Randstaaten geschaffen, die sich wie ein Riegel zwischen Ostpreußen und das Russische Reich legen und naturgemäß bestrebt sind, den russischen Verkehr an sich zu ziehen. Die beiden großen Zubringerflüsse, Weichsel und Memel, die die Provinz durchströmen, haben keine deutschen Mündungen mehr. Von der Weichsel ist Ostpreußen — Sie werden das an Ort und Stelle sehen — durch die unglaubliche Grenzziehung fast ganz abgedrängt. In der

Memel geht die Grenze mitten im Fluß, Mündung und Oberlauf befinden sich in litauischer Hand, ebenso das rechte Ufer. Ein Teil des Oberlaufs liegt in Polen, die Quellen in Rußland. Meine Herren, wenn man einen Preis aussetzen würde für eine Ostpreußen möglichst störende und unnatürliche Grenzziehung, diejenigen würden ihn erhalten, die diese Grenzen gemacht haben. Machen Sie sich, meine Damen und Herren, aber ja recht klar, welche Folgen für Handel, Industrie und Verkehr, welche Folgen für das ganze Wirtschaftsleben Ostpreußens aus solcher Abdrängung von den Hauptzubringersflüssen entstehen müssen. Dazu kommt die Einschränkung der russischen Ausfuhr überhaupt! Resultat: 90 % seines Handels und Verkehrs hat Ostpreußen nach Osten und Süden verloren, nur 10 % sind geblieben.

Früher grenzte eben Ostpreußen an das ungeteilte Rußland, das sich von der ostpreußischen Grenze bis zum Stillen Ozean und vom Nordischen Eismeer bis zu dem Schwarzen Meer als einheitliches Wirtschaftsgebiet erstreckte. Heute ist es abgeriegelt.

Die Randstaaten selbst kommen wegen ihrer Kleinheit und der vielen eigenen Schwierigkeiten, die sie haben, als genügender Ersatz nicht in Frage.

VII. Fast noch trüber ist das Bild, wenn man den Blick nach Westen richtet auf den Verkehr mit den abgetretenen Provinzen Westpreußen und Posen. Der Absatz von ostpreußischem Vieh nach diesen Provinzen, der früher außerordentlich stark war, ist auf 1 % gegenüber dem Vorkriegsverkehr zusammengeschrumpft! Diese Provinzen beziehen jetzt ihr Vieh aus Polen. Der industrielle Verkehr zwischen Ostpreußen und den abgetretenen Provinzen beträgt nur noch 6,5 % des Vorkriegsverkehrs.

Verkehr mit den abgetretenen Provinzen Posen u. Westpreußen.

Also 90 % nach Osten und Süden, 94—99 % seines Verkehrs nach Westen hat Ostpreußen eingebüßt!

VIII. Aber der Verlust von Westpreußen und Posen wirkt sich für Ostpreußen nicht nur als tote Strecke aus, die bei jedem Absatz und Bezug von Waren von und nach dem Reich überwunden werden muß, sondern er gibt Polen auch einen gewaltigen Frachtenvorsprung gegen Ostpreußen. Die Entfernung von der polnischen Grenze bis Berlin beträgt (Bentschen—Berlin) 184 km, dagegen die Entfernung ostpreußische Grenze—Berlin auf der Marienburger Strecke 448 km, auf der Eylauer Strecke 471 km, also durchschnittlich rund 275 km mehr als von der polnischen Grenze. Wie sich das für Roggen, Kartoffeln und Schweine auswirkt, bitte ich aus der Tabelle zu ersehen.

Frachtenvorsprung Polens.

Da nun Polen bis zu seinen deutschen Grenzstationen besonders niedrige Exporttarife eingeführt hat, benutzte es die einverleibten Provinzen als Sprungbrett zum Import nach Deutschland und zur Abdrösselung Ostpreußens.

Frachten-
erhöhung in
Deutschland.

Dazu kommt die gewaltige Frachterhöhung in Deutschland seit dem Kriege um rund 50 %. Nahe Frachten verbinden die Länder, weite Frachten entfernen sie wirtschaftlich voneinander. Durch diese Frachterhöhung ist Königsberg von Berlin gemessen, heute auf die Entfernung von Mitau und Wilna abgerückt. Diese Frachterhöhung ist, wie Sie wissen, zum großen Teil bedingt durch die Dawes-Lasten der Eisenbahn. Zu diesen Dawes-Lasten der Bahn trägt aber derjenige verhältnismäßig am meisten bei, der gezwungen ist, die Bahn am weitesten zu benutzen. Auf den Zentner Roggen oder das Stück Vieh umgerechnet, lasten auf Ostpreußen erheblich größere Dawes-Lasten als auf anderen Provinzen, die näher am Konsumort liegen. Es ist berechnet, daß Ostpreußen bei einer Durchschnittsentfernung von 700 km jetzt an Frachten 14—15 Millionen Mark jährlich mehr aufzubringen hat, als Provinzen und Länder, welche nur 200 km bis zum Absatzmarkt zu verfrachten haben.

Ich bitte, sich auch folgendes zu vergegenwärtigen:

Die Fracht von nordamerikanischen bzw. kanadischen Häfen nach dem Kontinent betrug am 22. August dieses Jahres einschließlich Versicherungspesen 9,25 bis 11,10 Mark pro Tonne; von Argentinien nach England bzw. Rotterdam am 15. August dieses Jahres 24,60 Mark. Da Ostpreußen in Berlin nicht Absatz für alle Produkte findet, sondern gezwungen ist, bis ins westfälische Industriegebiet vorzustößen, muß es an Getreidefrachten pro Tonne Königsberg-Essen 42 Mark bezahlen, also rund das Doppelte bzw. Vierfache gegenüber amerikanischen Frachten. So wird die Frachtenfrage zu einer Elementarfrage für das ganze ostpreußische Wirtschaftsleben. Ein Ausgleich muß hier gefunden werden.

Zucht des edlen
Pferdes.

IX. Ein Wort über die Zucht des ostpreußischen Warmblutpferdes, die ja weit über die Grenze der Provinz hinaus bekannt ist und früher eine nicht unwesentliche Einnahmequelle durch Fohlenverkauf gerade auch für den mittleren und kleineren Besitzer bildete. Die ganze Zucht war eingestellt auf die Produktion des Remontepferdes für die Armee. 10—12 000 Remonten wurden jährlich an das Heer verkauft. Durch die Einschränkung der Berittenen Waffen werden jetzt knapp 3 000 Remonten angekauft. Dreiviertel seines Absatzes hat Ostpreußen verloren; keine andere Provinz, kein anderes Land in Deutschland ist so schwer getroffen. Nächst Ostpreußen verkaufte Hannover die meisten

Remonten, es waren vor dem Kriege etwa 1 000. Während also Ostpreußen einen Absatz von 8 000 Pferden verloren hat, hat Hannover nur einen Absatz von vielleicht 700 Pferden verloren, die anderen Provinzen noch viel weniger. Die ganze Zucht in Ostpreußen muß umgestellt werden zur Produktion eines kräftigeren Pferdes für den landwirtschaftlichen Gebrauch. Anderswo ist das nicht nötig.

X. Unter dieser Kumulierung ungünstigster Verhältnisse leidet Ostpreußen. Sie hat eine rückläufige Tendenz der ganzen ostpreußischen Wirtschaft geschaffen. Dafür nur einige Beispiele:

a) Für das Wirtschaftsjahr 1924/25 liegen die Ergebnisse von 315 landwirtschaftlichen Buchführungen vor, die den Buchführungsgenossenschaften der Provinz angeschlossen sind und von ihnen revidiert und bearbeitet werden. Die Betriebe umfassen alle Gegenden der Provinz. Für das Jahr 1925/26 liegen Ergebnisse von 329 größeren und 440 kleineren = 769 Betrieben vor. Das macht etwa 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Provinz, also ein recht erheblicher Prozentsatz. Das Endbild ist folgendes:

Buchführungs-
abschlüsse.

Vor dem Kriege, im Jahre 1913, stellten sich die Reinerträge pro Hektar auf 8,10 Mark. Das Jahr 1924/25 ergab einen Verlust von 66,2 Mark und das Jahr 1925/26 einen Verlust von 52,0 Mark pro Hektar.

Im Jahre 1924/25 zeigen die Buchführungsergebnisse in Ostpreußen, wie Sie aus anliegender Tabelle ersehen, nur 13 Prozent Gewinnbetriebe, während der Reichsdurchschnitt 49 Prozent betrug. Über 80 Prozent arbeiteten in Ostpreußen mit Verlust.

Auch im Wirtschaftsjahre 1925/26 hatte die Provinz noch 49 Prozent Verlustbetriebe aufzuweisen. Dabei möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es durchschnittlich die Betriebe mit stärkstem Betriebsaufwand sind, welche die höchsten Verlustziffern enthalten, während die Betriebe mit niedrigerem Aufwand wesentlich günstiger abschneiden konnten. Bei dieser Berechnung sind die Hypothekenzinsen nicht mitgerechnet, dagegen der eigene Verbrauch des Besitzers als plus eingerechnet.

Ich bitte, sich klarzumachen, welchen seelisch-deprimierenden Einfluß ein solches Resultat auf die Landwirte ausüben muß: Der Landwirt sieht, daß seine ganze Arbeit nicht nur umsonst gewesen ist, sondern daß er von Jahr zu Jahr weiter zurückkommt, und besser daran täte, überhaupt nicht zu wirtschaften.

b) Daß solche Resultate zwangsläufig zu starker Extensivierung drängen, ist klar. Tatsächlich zeigt die Anbaustatistik (Anlage 6) als charakteristisches Bild eine Zunahme der Viehweiden und Hutungen

Anbaustatistik.

von 25 Prozent und eine Abnahme des Brotgetreideanbaues um 10 Prozent. Das würde an sich unbedenklich sein, wenn eine entsprechende Vermehrung der Viehbestände in Ostpreußen stattgefunden hätte. Man könnte dann sagen, die Wirtschaften haben sich auf Viehproduktion umgestellt. Das trifft aber, wie Sie aus der Tabelle ersehen wollen, nicht zu. Die Vergleichszahlen sind sowohl gegenüber 1913 wie gegenüber der Entwicklung im Reich für Ostpreußen bei Rindern, Pferden und Schafen, die für die Ausnutzung von Weiden ja hauptsächlich in Frage kommen, durchweg ungünstiger.

c) Auch der zahlenmäßige Rückgang der ostpreußischen Landarbeiterschaft läßt auf Extensivierung schließen. Der Bestand der ostpreußischen Landarbeiterschaft im Vergleich von 1907 (auf das heutige Gebiet umgerechnet) und 1925 ergibt folgendes Bild:

a) ohne Angehörige:	
1907	272 482
1925	251 447 = -8%,
b) mit Angehörigen:	
1907	554 889
1925	492 525 = -11%.

Also hat die Landarbeiterschaft um 8 Prozent und mit Angehörigen sogar um 11 Prozent abgenommen.

Polnische Arbeiter wurden 1913 in Ostpreußen legitimiert 21 000 im Jahre 1921 betrug diese Zahl 12 700 im Jahre 1926 betrug das Kontingent, das erschöpft wurde 8 000 im Jahre 1927 5 500

Gewiß ist der Rückgang der polnischen Arbeiter aus nationalen Gründen erwünscht. Aber wenn sowohl die Zahl der polnischen Arbeiter wie die der deutschen recht stark zurückgeht, so spricht das für beginnende Extensivierung der Betriebe.

Sich bitte, aus diesen Zahlen zu ersehen, wie sehr sich die Ungunst der ostpreußischen Verhältnisse auch auf die Arbeiterschaft auswirkt, und welche großes Interesse die Landarbeiter daran haben, Ostpreußens Wirtschaft nicht weiter absinken zu lassen.

Berschuldung.

d) Die Verschuldung in der Landwirtschaft hat stark zugenommen. Zwar hat die Personalverschuldung 1926 um 16 Millionen Mark abgenommen, aber die Realverschuldung hat gegenüber dem Jahre 1925 um 45 Millionen Mark zugenommen. Die Schuldenlast ist also

um rund 30 Millionen Mark gewachsen. Wahrscheinlich ist aber diese Zahl zu niedrig, da es unmöglich ist, die an allen möglichen Stellen gemachten Schulden zu erfassen.

Dabei ist es ganz irrig, zu glauben, daß es hauptsächlich Großgrundbesitz ist, der sich in schwieriger Lage befindet. Von den mir bekannten Zwangsversteigerungen, die zurzeit laufen, treffen 18 Prozent den Besitz über 800 Morgen, 82 Prozent den Besitz unter 800 Morgen, also bäuerlichen Besitz. Der bäuerliche Besitz ist also sehr stark beteiligt.

Das Schlimme an dieser Verschuldung ist, daß sie zum ganz überwiegenden Teil nicht zur Förderung der Produktivität oder der Umstellung der Betriebe verwandt ist, sondern dazu dienen mußte, die Wirtschaftsdefizits zu decken und Zinsen und Steuern zu bezahlen. Also eine ganz unproduktive Verwendung.

e) Betriebsergebnisse kaufmännischer und gewerblicher Betriebe liegen mir nicht vor. Aber die Konkursziffern gestatten einen Rückschluß auf die Lage dieser Betriebe. Gegenüber 1913 haben ja die Konkurse überall zugenommen. Während aber im Reich diese Zunahme in den beiden letzten Jahren 19 Prozent bzw. 26 Prozent betrug, haben die Konkurse in Ostpreußen im Jahre 1925 um 80 Prozent und im Jahre 1926 um 115 Prozent gegenüber 1913 zugenommen. Zwangsläufig sind eben die Verhältnisse in den kaufmännischen und Handwerksbetrieben ausschlaggebend mitbedingt durch die Lage der Landwirtschaft.

Konkurse.

f) Verschärft wird diese Lage durch die Schwierigkeit, Privatkredite nach Ostpreußen zu bekommen. Die Kreditgeber im Reich geben ungern und nur zu hohen Zinsen Kredite nach Ostpreußen, weil sie sie für gefährdet halten.

Privatkredite.

XIII. Auf diese Provinz, deren Wirtschaft im Abrutschen begriffen ist, wird nun die polnische Propaganda losgelassen. 3 Bankstellen und über 200 Vereine haben die Polen gegründet. Gewiß, vieles steht auf dem Papier. Aber, immerhin, die Keimzellen sind da, und mit dem Hauptargument, Ostpreußen wäre bei Polen wirtschaftlich besser aufgehoben als bei Deutschland, wird intensiv gearbeitet, so falsch tatsächlich dieses Argument ist. Aber je mehr Ostpreußen wirtschaftlich ausgehöhlt wird, umso besseren Nährboden findet diese Propaganda. Näheres darüber werden Sie wohl später hören.

Polnische Propaganda.

XIV. Was ist angesichts dieser ganzen Lage, in der sich Ostpreußen befindet, zu tun? Wir sind der Ansicht, daß in erster Linie Selbsthilfe einsetzen muß, und sie hat eingesetzt. Dafür nur einige Beispiele:

Selbsthilfe.

Wenn das Klima hier harte Anforderungen an die Pflanzen stellt, so haben wir in Hasenberg eine Pflanzenzuchtstation gegründet, die solche Pflanzen züchtet, die dem Klima gewachsen sind. Wenn uns die Milcherträge steigerungsfähig erscheinen, so hat Ostpreußen gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 2 000 Litern, wie Sie aus der anliegenden Tabelle ersehen, seine Milcherträge auf 2 500 Liter gesteigert, die Ostpr. Herdbuchgesellschaft sogar auf 3 400 Liter, und Durchschnittserträge von 4 000 Litern und mehr sind in intensiv geführten ostpreußischen Betrieben keine Seltenheit. Um die Tuberkulose unter dem Vieh zurückzudrängen, hat Ostpreußen in einem Umfange das Tuberkulosetilgungsverfahren eingeführt, wie keine andere Provinz. 23,1 Prozent der ganzen ostpreußischen Rinder (ausschließlich Kälber) sind dem Tuberkulosetilgungsverfahren angeschlossen, dagegen vergleichsweise in der Provinz Sachsen 22,8 Prozent, in Pommern 12 Prozent, in der Rheinprovinz 4,5 Prozent, in Westfalen 1,8 Prozent.

Auf dem Gebiet der Herdbuchgesellschaften, Züchtervereinigungen und Rindviehkontrolle steht Ostpreußen an erster Stelle. 260 000 Tiere sind in Herdbücher eingetragen, das macht rund 24 Prozent des gesamten Rindviehbestandes.

Um mit den bäuerlichen Wirtschaften vorwärtszukommen sind Beispielswirtschaften gegründet, deren wir jetzt 105 haben, da erfahrungsgemäß Beispiel mehr wirkt als mündliche oder schriftliche Belehrung. Das Nähere darüber wird Ihnen bei der Besichtigung einer Beispielswirtschaft, die ja in Ihr Programm aufgenommen ist, an Ort und Stelle mitgeteilt werden.

Die landwirtschaftlichen Schulen sind stark vermehrt. Die Schülerzahl hat sich gegenüber 1913 verdoppelt.

537 Stierhaltungsgenossenschaften sind teils mit Staatsbeihilfen, teils aus Darlehen der Herdbuchgesellschaften gegründet.

Auf dem Wege der Standardisierung und Typisierung wird Ostpreußen jetzt Markenbutter herausbringen, die, unter strengster Kontrolle hergestellt, gleichmäßige gute Qualität verbürgt.

Ähnliches ist jetzt bei Eiern im Gang. Käse und andere Produkte werden nachfolgen.

Die Zucht von Schweinen eines bestimmten Typs wird durch Züchtergenossenschaften und Kontrollringe gefördert. Ich könnte diese Liste beliebig vermehren, aber ich will lieber das Resümee wieder-

geben, das Professor Beckmann-Bonn über diese Bestrebungen auf dem Gebiet der Selbsthilfe zieht:*)

„Wahrhaftig, ein mühsamer und langer Weg. Man begegnet den züchterischen Fortschritten überall im deutschen Landbau; mit dieser Einheitlichkeit und umfassenden Art für jeden Betrieb jedoch steht Ostpreußen an der Spitze. . . . Man muß den Mut bewundern, mit dem die ostpreußischen Landwirte solche Politik auf lange Sicht treiben, solche Politik über weite, technische Umwege, nur um näher an den Markt heranzukommen!“

Nun, meine Damen und Herren, nicht nur in der Landwirtschaft wird die Selbsthilfe an erste Stelle gestellt, sondern im Handwerk, der Industrie, in den Städten ist es ebenso. Das Handwerk hat eine meines Erachtens mustergültige Anlage in der Gewerbeförderungsanstalt in Gumbinnen geschaffen. Wenn die Städte sahen, daß sie den Handel mit Rußland verloren, so legten sie nicht die Hände in den Schoß, sondern schufen und schafften bequeme Hafenanlagen, um doch wieder den Handel heranzuziehen, soweit das möglich war.

XV. Aber so sehr wir Selbsthilfe an erste Stelle setzen, so kann sie allein die Ungunst der Verhältnisse, die hauptsächlich infolge der Abtrennung vom Mutterlande von allen Seiten und auf allen Gebieten auf Ostpreußen einströmen, nicht überwinden. Ostpreußen kann sich nicht auf andere Produktionen, wie z. B. ausgedehnten Zuckerrübenbau, Gemüse, Obstbau, Kleintierzucht umstellen. Klima und Lage sind dazu zu ungünstig. Und dazu kommt die Gefahr der polnischen Konkurrenz und des, wie ein Damoklesschwert über Ostpreußens Landwirtschaft schwebenden polnischen Handelsvertrages. Polen produziert dieselben Gegenstände, Schweine, Kartoffeln, Roggen, auf deren Produktion Ostpreußens Landwirtschaft auch angewiesen ist. Der von mir erwähnte Professor Beckmann sagt dazu folgendes:**)

Polnische Konkurrenz.

„Wenn polnische Einfuhr in irgend bedeutendem Umfange zugelassen wird, so fällt entsprechende deutsche Produktion aus, der Preis als Regulator des Angebots faßt die deutsche Erzeugung an der schwächsten Stelle, und das ist Ostpreußen. Polnische Einfuhr wird das Schulbeispiel einer Standort-

*) Anmerkung: Professor Fritz Beckmann-Bonn, „Ostpreußen und Polen“, „Berichte über Landwirtschaft“, Zeitschrift für Agrarpolitik und internationale Landwirtschaft, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neue Folge, Band 6, Heft 2, Seite 194.

**) Ann.: a. a. D. S. 197/198.



verschiebung werden; der Landbau dieser Art wird Ostpreußen verlassen und Polen aufsuchen . . .

Deshalb lautet die Frage an die Zukunft nicht: „Polen und Ostpreußen, sondern „Polen oder Ostpreußen“. Beide Rohstoffländer sind für die deutsche agrare Arbeitsteilung in der Häufung zu viel. Das eine oder das andere muß ausscheiden. Es gibt hier meines Erachtens kein Ausweichen, sondern nur das eine oder das andere. Es ist das ein denkbar einfacher Vorgang weltwirtschaftlicher Standortverschiebung, wie er häufig vorkommt; aber in dieser Klarheit und einfachen Lagerung der Ereignisse findet man ihn doch selten. Polnische Einfuhr heißt nur: „Schranke zu für Ostpreußen“, polnische Sperre heißt nur: „Schranke auf für Ostpreußen zum Reich!“

Man kann das ganz nüchtern, rein ökonomisch, ohne jedes nationale Gefühl erklären; ganz abgeklärt, wie man in der Vorlesung das Beispiel einer Standortverschiebung, eines sterbenden Landes, doziert . . .“ Soweit Professor Beckmann.

Nun, meine Damen und Herren, Ostpreußen ist noch kein sterbendes Land, und Sie können überzeugt sein, daß der feste Wille hier besteht, auch diese schweren Zeiten zu überstehen. Ostpreußen hat ja Erfahrungen im Überstehen von schweren Schicksalsschlägen. Aber darüber bitte ich, sich nicht zu täuschen: Wenn Ostpreußens Wirtschaft niedergeht, so muß das die schwersten politischen Folgen haben. Und nicht Kolonisation und Siedlung, sondern Extensivierung und Auswanderung werden dann das Charakteristikum der nächsten Zeit sein. Etwa 20 000 Ostpreußen, darunter massenhaft Bauern, meldeten sich zur Auswanderung, als 1925 ein Agent unter allerhand Vorspiegelungen ihnen zuredete. Das waren zum großen Teil dieselben Bauern, die nach dem Russeneinfall sofort zurückgekehrt waren und ihren Betrieb wieder aufgebaut hatten. Nicht durch die Russen, nicht durch Niederbrennen ihrer Gehöfte, wohl aber durch die erfolglose Arbeit der letzten Jahre waren sie mürrisch geworden. Professor Beckmann drückt das so aus:*)

„Noch sind es bei vielen Andeutungen: Erziehung, Abstammung, Heimatgefühl spezifisch ostpreußischer Art, der alte Kampf mit dem Boden, das Siedlerblut hält sie fest Aber der Gedanke daran (an Auswanderung) von Vielen offen erwogen, ist Beweis für den schweren inneren Kampf, der zwischen Menschen-

*) Anm.: a. a. D., S. 199.

tum, Beruf und Heimatgefühl von Vielen in der Stille ausgefochten wird. Hier ist Landwirtschaft Dienst am Deutschtum, und das hält die Menschen im Lande fest."

Ich könnte jetzt meinen Vortrag schließen, indem ich an Sie appelliere, uns zu helfen, dieses Ziel, die Menschen im Lande festzuhalten und mehr Menschen anzusiedeln, zu erreichen. Und ich würde dann vielleicht einen guten Abschluß haben. Darauf kommt es aber weniger an, und deshalb muß ich noch kurz auf die kitzliche Frage eingehen, was nun eigentlich von Reich und Staat geschehen soll, um das uns allen vorschwebende Ziel zu erreichen. Die Entscheidung liegt bei Ihnen, meine Damen und Herren, bzw. bei den Parlamenten und Kabinetten von Preußen und Reich. Aber Sie können mit Recht Vorschläge von Ostpreußen erwarten.

Einzelvorschläge zu machen, möchte ich mir heute versagen. Heute möchte ich nur die allgemeinen großen Richtlinien herauszuarbeiten versuchen, nach denen das Ostpreußenprogramm anzufassen wäre:

1. An die Spitze stelle ich das Verlangen, daß im übrigen Deutschland, bei den Parlamenten und Regierungen, auch bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine psychologisch richtige Einstellung zur Ostpreußenfrage gefunden werden muß. Es geht nicht weiter an, Ostpreußen als Grenzprovinz anzusehen. Eine Grenzprovinz hängt zusammen mit dem Mutterlande. Ostpreußen hat diesen Zusammenhang verloren. Es gehört deshalb nicht unter die Rubrik „Grenzprovinz, sondern unter die Rubrik „völlig abgetrenntes Land“. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Daraus folgt aber, daß das, was für Ostpreußen geschieht, kein Präzedenzfall für andere Provinzen ist, auf den sie sich berufen könnten. Es ist überhaupt unmöglich, in Ostpreußen einen Präzedenzfall für andere Provinzen zu schaffen, weil die Prämisse „völlig abgetrennt vom Reich“ für kein anderes Land zutrifft. Daraus folgt weiter, daß Ostpreußen in der Behandlung seiner Belange nicht in einen Topf geworfen werden kann mit anderen Provinzen, die nur Grenzprovinzen sind. Denn dabei muß Ostpreußen immer zu kurz kommen. In den Parlamenten entsteht, wenn die Grenzprovinzen mit Ostpreußen zusammengenommen werden, naturgemäß ein gewisser Wettlauf um die Mittel, bei dem das Bleigewicht, das Ostpreußen wegen seiner Trennung vom Mutterlande als Extragewicht mitschleppen muß, erfahrungsgemäß nicht oder nur ganz ungenügend berücksichtigt wird. Die Erfahrung haben wir jetzt seit der Abtrennung gemacht, also seit vielen Jahren. Deshalb muß Ostpreußen jetzt herausgenommen werden aus der falschen Rubrik, in die es als

Ostpreußen nicht
Grenzprovinz,
sondern völlig
abgetrenntes
Land.

Grenzprovinz gekommen ist, und als Sonderfall, getrennt von allen anderen, behandelt werden. Und wenn wir gar erleben mußten, daß an diesem Konkurrenzlaufen sich nicht nur preußische Provinzen beteiligten, sondern auch andere deutsche Länder, meine Damen und Herren, dann kam uns ein gewisses bitteres Gefühl auf die Zunge.

2. Ich hatte mir vorgenommen, Sie zu bitten, die Ostpreußenfrage der Parteipolitik zu entrücken, sie darüber hinauszuhoben. Ich brauche das heute nicht mehr zu tun, nachdem der Herr Vorsitzende des Ostauschusses, Herr Abgeordneter Riedel, gestern Abend schon entsprechende Zusicherungen gegeben hat. Ich möchte aber nicht verfehlen, Ihnen allen, meine Damen und Herren, für diese Auffassung unseren ganz besonderen Dank auszusprechen.

Ebenso wenig verträgt die Behandlung der Ostpreußenfrage Reibungen zwischen Preußen und dem Reich. Nur durch Zusammenarbeit und Hilfe von Preußen und Reich kann die Frage gelöst werden. Solange also Ostpreußenfragen behandelt werden, bitten wir dringend darum, daß etwaige Differenzen zwischen den beteiligten Ressorts ausgeschaltet werden.

3. Es muß im Reich, ähnlich wie für die besetzten Gebiete, eine Stelle geschaffen werden, die sich dauernd und ausschließlich mit den ostpreußischen Fragen, soweit sie zur Kompetenz des Reiches gehören, beschäftigt. Ich bin in diesem Punkte anderer Ansicht, als der Herr Oberpräsident, der gestern gegen eine solche Stelle sich aussprach. In Preußen haben wir eine solche Stelle in der Ostpreußenstelle in Berlin. Sie hat sich gut bewährt. Im Reich haben die besetzten Gebiete ihre Vertretung beim Reichskanzler. Sie haben großen Nutzen davon gehabt. Für Ostpreußen fehlt eine solche Stelle. Dieses Fehlen macht sich sehr nachteilig bemerkbar. Die Behandlung der ostpreußischen Fragen zersplittert sich in den verschiedenen Reichsministerien, die Fragen versanden. Eine Materie von der Wichtigkeit für Deutschlands Zukunft wie die ostpreußische Frage, verträgt nicht eine nur gelegentliche Behandlung als Nebenzernat. Sie muß auch im Reich von einer Stelle dauernd als Hauptdezernat bearbeitet werden.

4. Die Methoden und Wege, welche zur Hilfe für Ostpreußen eingeschlagen werden sollen, müssen klar und möglichst einfach, jedem verständlich sein. Ich warne vor zu komplizierten und verkomplizierten Bestimmungen. Man kommt damit nicht schnell genug weiter und die psychologische Wirkung bleibt aus, wenn zur Kenntnis von Bestimmungen erst ein Spezialstudium nötig ist. Vertrauen zu den Organen in der Provinz und der Selbstverwaltung ist nötig. Auf Ihrer

Reise müssen Sie sich ein Urteil auch darüber bilden, ob Sie dieses Vertrauen haben können, ob die Organe in der Provinz ihre Aufgabe ernst nehmen und ihr gewachsen erscheinen.

5. Was nun die materielle Frage selbst anlangt, so kommt es in erster Linie darauf an, die Rentabilitätsmöglichkeit der ostpreussischen Landwirtschaft wiederherzustellen. Das ist der Kernpunkt der Frage.

Rentabilitäts-
möglichkeit der
Landwirtschaft
in Ostpreußen.

Aber, meine Damen und Herren, so notwendig zur Erreichung dieses Zieles ein Schutz der ostpreussischen Landwirtschaft gegen Einschleppung von Seuchen und gegen ruinöse Konkurrenz ist, so wäre es m. E. ein Irrtum, zu glauben, daß z. B. Zölle allein ein Mittel für die ostpreussische Landwirtschaft seien. Von der Einnahmeseite allein läßt sich die Rentabilität der ostpreussischen Landwirtschaft überhaupt nicht herstellen, die Ausgabeseite ist ebenso wichtig. Man kann das kurz auf die Formel bringen, daß Steuern, Abgaben und Zinsen angepaßt werden müssen der Leistungsfähigkeit der Provinz. Es geht so, wie bisher, nicht weiter, daß Steuern und Zinsen durch Aufnahme immer neuer Schulden bezahlt werden. Die Rückstände wachsen lawinenartig, und das Tempo des Abrutschens der ostpreussischen Wirtschaft wird nur immer schneller. Und so kommt der Moment, wo, wenn man Ostpreußen überhaupt halten und es wieder auf die Beine stellen will, das Vielfache von den Mitteln nötig sein wird, die heute noch genügen würden. Und schließlich steht am Ende einer solchen Entwicklung das ominöse Wort: „Zu spät“. Es ist ein Irrtum und Selbstbetrug zu glauben, man hätte Steuern einbekommen, während man nur die Steuerzahler zum Schuldenmachen — zum Teil im Auslande — gezwungen und eigentlich nur auf dem Umweg über die Steuerzahler Divisen verwirrschaftet hat. Auf längere Zeit läßt sich dieses Verfahren ebensowenig fortsetzen wie das Drucken von Papiergeld.

6. Wir wünschen keine Streichung von eingegangenen Verpflichtungen, z. B. rückständiger Zinsen, Saatguthkrediten. Das wirkt nur demoralisierend. Aber wir wünschen eine Konsolidierung dieser Rückstände, die Verteilung ihrer Rückzahlung auf mehrere Jahre. Wir wünschen namentlich auch die Eröffnung von Kreditmöglichkeiten zu sicherer Stelle oder gegen angemessene Unterlagen. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für alle Erwerbsstände. Es muß ein Ausgleich gefunden werden dafür, daß für Ostpreußen wegen seiner abgetrennten Lage die zahlreichen Kreditmöglichkeiten abgeschnitten sind, aus denen andere Gebiete schöpfen.

Konsolidierung
und Kredite.

Bahntarife.

7. Die Bahntarife für Ostpreußen müssen eine Regelung erfahren, die den durch die Abtrennung der Provinz veränderten Verhältnissen Rechnung trägt.

Produktions-
förderung,
Kulturelle Maß-
nahmen,
Siedlung,
Melioration.

8. Für produktionsfördernde und kulturelle Maßnahmen sind ebenso wie für Siedlung und Meliorationen Mittel für Ostpreußen in genügender Höhe bereitzustellen.

Sie werden vielleicht sagen, meine Damen und Herren, das ist ein großes Programm, weder Reich noch Staat werden in ihrer heutigen Lage die nötigen Mittel aufbringen können. Ich bin anderer Ansicht. Die Höhe der Mittel, die heute noch genügen würden, geht nicht jährlich in die Hunderte von Millionen. Allerdings, mit einer einstelligen Zahl vor den sechs Nullen der Million, mit der bisher für Ostpreußen operiert wurde, ist es nicht getan. Aber außerhalb der Leistungsfähigkeit von Reich und Staat, dürften sich heute die nötigen Summen nicht bewegen, wenn man bedenkt, daß Vieles nur als Kredit beansprucht wird, und wenn man namentlich sich klar macht, was für ganz Deutschland auf dem Spiele steht. Von Ihrer Entscheidung, meine Damen und Herren, wird vielleicht das Geschick Ostpreußens und damit des deutschen Ostens, abhängen. Möge Ihre Entscheidung so ausfallen, daß einst der Geschichtsschreiber von ihr sagen wird:

„Sie war der Wendepunkt zum Aufstieg.“



Anlage 1. Rangordnung der Preussischen Provinzen nach der Größe der Anbauflächen.

	Win- ter- weizen	Win- ter- roggen	Som- mer- gerste	Hafer	Meng- ge- treide	Hül- sen- früchte	Milch- frucht	Kart- toffeln	Run- fel- rüben	Futter auf Acker- land	Wache	Acker- weide in der Frucht- folge	Wiesen	Vieh- weiden, Hül- fungen	Leber- haupt- landwirt- schaftlich genügte Größe
Prov. Ostpreußen . .	6	3	2	1	1	1	1	5	2	1	1	2	3	2	1
Stadt Berlin	14	13	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
Prov. Brandenburg .	8	1	4	4	3	6	3	1	5	5	3	6	2	7	2
" Pommern	10	2	5	2	2	2	2	2	9	2	2	3	4	6	4
" Posen Westpr.	12	11	11	12	9	12	10	11	12	12	9	8	12	11	12
" Niederschlesien	2	5	3	5	8	7	4	4	4	3	10	10	5	10	6
" Oberschlesien . .	9	9	6	11	11	11	6	8	11	11	13	12	11	12	11
" Sachsen	1	6	1	7	7	3	5	3	3	6	7	9	6	8	5
" Schlesw.-Holst.	11	12	7	9	4	9	7	12	10	9	4	1	10	3	9
" Hannover	4	4	10	3	10	4	9	6	8	8	8	5	1	1	3
" Westfalen	5	7	12	8	5	5	8	9	6	7	6	4	9	4	8
" Hessen-Rhassau.	7	10	9	10	12	8	11	10	7	10	11	11	8	9	10
" Rheinprovinz . .	3	8	8	6	6	10	12	7	1	4	5	7	7	5	7
" Hohenzollern . .	13	14	13	13	13	13	13	13	13	13	12	13	13	13	13

Stlage 2.

Rangordnung der Deutschen Länder nach der Größe der Anbauflächen.

	Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Menggetreide	Hülsenfrüchte	Milchfrucht	Kartoffeln	Runkelrüben	Futter auf Ackerland	Brache	Ackerweide in der Fruchtfolge	Wiesen	Viehweiden und Sutungen	Ueberhaupt landwirthd. genutzte Flächen
Preuss. Ostpreußen	9	3	3	2	1	1	1	6	3	2	1	2	5	2	2
Stadt Berlin	30	26	26	29	29	31	29	27	28	30	28	30	29	31	28
Preuss. Brandenburg	11	1	6	5	29	9	5	2	8	8	5	7	3	9	3
Preuss. Sommer	15	2	7	3	3	2	2	3	16	3	3	3	6	7	3
Preuss. Westpreußen	23	14	19	6	13	19	17	5	21	19	13	11	20	16	19
Preuss. Nieder-Schlesien	3	6	5	6	12	10	6	5	7	4	15	16	8	14	7
Preuss. Ober-Schlesien	13	12	10	15	15	15	10	10	18	17	23	20	19	19	17
Preuss. Sachsen	2	7	2	8	11	3	7	4	4	9	11	15	9	11	6
Preuss. Schleswig-Holstein	16	15	12	10	6	13	11	19	17	14	12	1	14	4	11
Preuss. Hannover	7	4	17	4	14	4	14	7	14	12	6	6	2	1	4
Preuss. Mecklenburg	8	8	20	9	7	7	13	11	10	11	10	5	5	5	9
Preuss. Gelfen-Staffau	10	13	16	12	23	11	19	12	13	16	16	17	13	12	14
Preuss. Hohenzollern	4	9	13	7	8	14	21	8	2	6	8	9	11	6	8
Bayern	25	31	21	26	25	26	28	25	27	24	19	27	23	27	25
Baden	1	5	1	1	4	5	3	1	1	1	2	10	1	3	1
Württemberg	6	10	10	11	21	16	12	9	6	7	7	19	10	17	12
Sachsen	5	21	4	14	18	6	9	14	5	5	10	14	4	13	10
Thüringen	14	19	8	16	5	20	8	17	3	10	17	8	7	15	15
Sachsen	12	16	9	18	19	8	25	13	11	13	9	18	15	20	16
Sachsen	18	17	11	16	10	21	8	18	11	18	20	28	17	23	18
Sachsen	29	29	11	30	30	28	30	15	30	27	29	22	17	25	25
Sachsen	17	11	14	13	9	12	4	15	15	15	4	4	16	10	13
Sachsen	29	29	14	20	9	17	23	15	20	20	18	12	18	8	20
Sachsen	17	18	24	20	22	18	18	22	20	20	24	24	21	21	21
Sachsen	24	20	22	21	17	18	18	20	19	22	24	24	24	29	23
Sachsen	19	23	18	23	24	23	22	21	23	22	26	25	26	29	23
Sachsen	20	30	31	31	20	30	20	28	31	25	27	20	27	22	24
Sachsen	31	31	27	25	20	24	15	31	31	28	25	23	31	28	24
Sachsen	22	24	28	27	16	24	24	31	24	24	27	23	27	28	24
Sachsen	28	28	23	22	16	22	15	29	29	28	25	23	31	28	22
Sachsen	21	25	25	24	28	25	24	26	25	24	21	13	22	18	18
Sachsen	26	25	25	24	28	25	24	26	25	26	14	13	22	26	26
Sachsen	27	27	30	28	26	27	31	29	26	29	31	29	28	30	30

Die Leistungskraft der ostpreussischen Landwirtschaft.

<p>Tierische Jahresproduktion im Werte von 324 Millionen Mark</p>	<p>Pflanzliche Jahresproduktion im Werte von 132 Millionen Mark</p>
---	---

ausreichend zur Ernährung von 3,9 Millionen Menschen

<p>Ostpr. Stadt- bevölkerung 880 000</p>	<p>Nicht ostpreussische Bevölkerung 3,0 Millionen</p>
--	---

Die ostpreussische Landwirtschaft ernährt nach Befriedigung des Eigenbedarfs nicht nur die ostpreussische Stadtbevölkerung, sondern darüber hinaus noch weitere 3 Millionen Deutsche.

Verkaufsproduktion der ostpreussischen Landwirtschaft nach den Buchführungsergebnissen.

Der Stadtendorfring Polens.

Entfernungen:

von Grenzübergang Bentfischen bis Berlin	184 km	
von Marienburg bis Berlin	448 km	<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 15px;"></div>
von St. Eglau bis Berlin	471 km	<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 15px;"></div>

Straßen

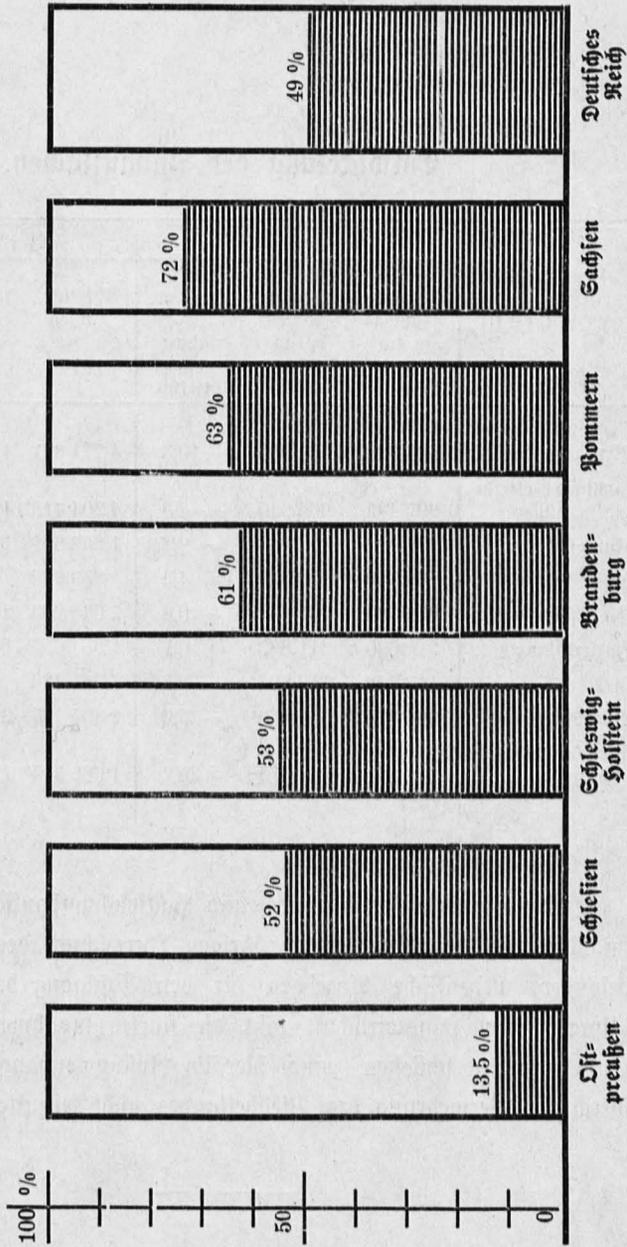
bis Berlin Schleifischer Bahnhof bzw. Zentralviehhof:

	ab Bentfischen:		ab Marienburg:		ab St. Eglau:
Wagonn: 15 to /k	220,50	dz /k	405	dz /k	413,50
Wagonn	82,50	1,47	156	2,70	160,50
Rartoffeln	69,40	0,55	141,80	1,04	147,00
Schweine (20 Stk.)	1	Stk. 3,47	1	Stk. 7,09	1
					Stk. 7,35
					1,07
					2,79

Anlage 5.

Gewinn- und Verlustbetriebe im Wirtschaftsjahr 1924/25.

Auf je 100 der geprüften Betriebe entfallen:  Verlustbetriebe  Gewinnbetriebe.



Entwicklung der Anbauflächen.

Fruchtart	Ostpreußen			Preußen		
	Absolute Zahlen in ha 1913	Absolute Zahlen in ha 1926	1926 Zu- bzw. Abnahme gegen 1913	Absolute Zahlen in ha 1913	Absolute Zahlen in ha 1926	1926 Zu- bzw. Abnahme gegen 1913
Brotgetreide . .	525 028	494 905	-10,3	4 771 821	4 409 812	- 7,6
sonstiges Getreide inkl. Hülsenfr. . .	697 435	666 640	- 4,3	4 204 419	4 142 680	- 1,5
Kartoffeln . . .	185 023	180 342	- 2,7	1 852 601	1 835 114	- 1,0
sonst. Hackfrüchte	66 559	70 220	+ 4,5	833 602	892 644	+ 7,1
Hackfrüchte zus. .	251 582	250 562	- 0,4	2 686 203	2 727 758	+ 1,5
Futterpflanzen .	310 020	311 683	+ 0,7	1 354 655	1 335 458	- 1,5
Brache	123 728	116 904	- 5,7	343 486	298 948	-12,9
Wiesen	364 870	353 000	- 3,3	2 805 728	2 802 725	- 0,1
Viehweiden, Hutungen . . .	262 281	327 575	+25,2	1 686 545	1 851 118	+ 9,7

Die ostpreußischen Getreide- und Hackfruchtanbauflächen sind stärker im Rückgang begriffen als im übrigen Durchschnitt des Staates. Auf besonders bedenkliche Anzeichen für den Rückgang der Intensität der ostpreußischen Landwirtschaft läßt die starke Zunahme der Viehweiden und Hutungen schließen, zumal hier im Zusammenhang damit eine entsprechende Vermehrung des Viehbestandes nicht festzustellen ist.

Anlage 7.

**Die Viehstandsentwicklung in Ostpreußen und im Reich
im Jahre 1926 gegenüber 1913.**

	Ostpreußen	Reich
	%	%
Rinder	— 11,9	— 6,9
Pferde	— 4,7	+ 1,6
Schafe	— 26,6	— 18,1
Schweine . . .	— 4,6	— 13,9

Der ostpreußische Viehbestand des Jahres 1926 reicht an den Vorkriegsstand des Jahres 1913 noch nicht heran. Insbesondere findet man Ostpreußen aber auch fast durchweg noch unterhalb des größeren Reichsdurchschnittes.

Anlage 8.

**Kann Deutschland sich von der Milch- und Buttereinfuhr
des Auslandes freimachen?**

Von dem Jahresverbrauch entstammt im Jahr 1925:

Deutsches Erzeugnis	Ausländische Einfuhr
86 %	14 %

Es betragen die zeitigen Durchschnittsmilcherträge pro Kuh und Jahr:

Reich	Ostpreußen	Ostpr Herdbuch-Gesellschaft	Intensive ostpreußische Betriebe
Str.	Str.	Str.	Str.
2 000	2 500	3 392	4 000

Deutschland braucht mithin bei intensiver Förderung der Landwirtschaft keine Auslandseinfuhr, um seine Bevölkerung mit Milch und Butter zu versorgen!

Ostpreußens Kultur- und Geistesleben.

Von Dr. Ludwig Goldstein.

Meine Damen und Herren! An einem schönen Sommertage dieses Jahres saß in der tausendjährigen Stadt Nordhausen am Harz ein Ostpreuße unter dem Schermesser eines Friseurs, der — wie das seit Tutenchamons Tagen bei dieser Branche üblich ist — den Kunden leutselig zu unterhalten geruhte und dabei erstaunliche Mitteilungen über dortige Erwerbsmöglichkeiten machte; auf die schüchterne Bemerkung des Gastes, daß solche schwindelerregende Verdienste in Ostpreußen freilich nicht möglich seien, sprach der Haarkünstler mit entsprechender Handbewegung das große Wort gelassen aus: „Ja, wer geht denn aber auch nach Ostpreußen?“ — Ich war einigermaßen bedrückt, wagte unter dem Messer aber keinen Widerspruch.

Schwebt dieses kleine Erlebnis meiner Ferienreise völlig in der Luft? Beruht es nur auf dem persönlichen Sparren irgend eines Unverantwortlichen? Oder kommt diesem wahren Geschichtchen doch irgendwelche Allgemeinbedeutung zu? Ich fürchte nach gewissen Anzeichen das letztere. — Ein anderes Bild! Der Schulrat einer mitteldeutschen Provinz bemerkte kürzlich zu einem Fachgenossen: „Wenn wir einem unserer jungen Kandidaten zumuten wollten, nach Ostpreußen zu gehen, so würde er sich wahrscheinlich den nächsten Türpfosten — des näheren ansehen.“

Auch das ist natürlich eine bitterböse Übertreibung, allein — Volkess Stimme, Gottes Stimme! Und passen diese verächtlichen Äußerungen über Ostpreußen nicht ganz gut zu gewissen erlauchten Überlieferungen? Kein geringerer als Friedrich II. sprach kurz vor seinem Regierungsantritt von Ostpreußen als einem Lande, das geeigneter sei, Bären aufzuziehen als zu einem Schauplatz der Wissenschaften zu dienen, und war ein andermal ungalant genug, an seinen Freund Jordan zu schreiben: „Hierzulande ist ein Mädchen nur dadurch von einer Stute unterschieden, daß es auf zwei und diese auf vier Füßen geht“. Viel später — im Jahre 1809 — schreibt ein so hervorragender

Mann wie Wilhelm von Humboldt vor dem Antritt seiner Reise nach Königsberg: „Dort soll es fürchterlich langweilig sein. Die Leute essen schlecht und lachen garnicht, und dabei macht man nichts Vernünftiges“. Natürlich sind das alles nur so hingeworfene und unhaltbare Vorurteile, (Wenn man darin überhaupt etwas dem Urteil Verwandtes sehen will), aber solche Äußerungen ließen sich doch die schwere Menge durch schriftkundige Heimatsfreunde beibringen. Jedenfalls ist nach alledem der Schluß nicht von der Hand zu weisen, daß „wir“ uns draußen keines durchweg hervorragenden Leumunds erfreuen.

Man versetze sich aber nun einmal in unsere Lage! Daß wir 700 Kilometer und mehr von der nächsten Großstadt entfernt sitzen und bis dahin eine Reise nötig haben, mit der man von eben dieser Großstadt aus fast sämtliche Grenzen Deutschlands bestreichen kann, — für diesen unheilbaren Leibschaden ernten wir noch Spott und Hohn, zumindestens einen Kritizismus, wie er von Kants und Rechts wegen eigentlich nur uns selber zukommen sollte. „Wir sind die ersten“, singt der Dichter so schön. Und wirklich: während August 1914 der Krieg im Westen zum Lande hinausgetragen wurde, wird unsere Bevölkerung verschleucht, verschleppt oder niedergemacht, flammen unsere Dörfer und Städte als Brandfackeln des Krieges auf. Aber nimmt der Krieg schließlich ein Ende mit Schrecken, so wird die Nachkriegszeit ein Schrecken ohne Ende: uns werden nicht nur lebende Glieder abgeschnitten (Memel und Soldau) — wir selber werden noch abgetrennt von dem Mutterkörper, dem wir mit allen Fasern unseres Bluts, mit jedem Gedanken zugehören — von Deutschland, dem wir Dichter und Denker, von Preußen, dem wir seinen Namen gegeben haben! Korridore heißen im Bauwesen Gänge, die Räume miteinander verbinden; „unser“ Korridor hat nur die Aufgabe, zu trennen — uns loszutrennen von der weiteren Heimat, die vielleicht ohne uns, ohne die wir aber keinesfalls leben können. Wir sind plötzlich „Kolonie“ geworden (ohne daß freilich ein Ostpreuße Anspruch auf Kolonialzulagen hätte).

Und das Mutterland? Entschädigt es uns für alle Unbill, die wir erleiden mußten? Ach, es hat manchmal sogar unsere Adresse vergessen: die Reichspost sieht sich bisweilen vor der unlösbaren Aufgabe, einen Brief aus dem Reich „nach Lyck in Litauen“ oder nach „Marggrabowa in Polen“ zu befördern. — Es mag nach alledem eine große Ehre sein, als Ostpreuße auf die Welt zu kommen, — ein Glück ist es kaum. Wir besitzen den Trost, eine große Vergangenheit zu haben, aber nicht die geringste Sicherheit, noch eine erträgliche Zukunft vor uns zu haben.

Besonders gefährdet scheinen uns die kulturellen Belange. Es liegt im Wesen unserer Zeit, daß die Bildungsgüter — man möchte sagen, je vornehmer sie sind, desto mehr — in ihrem Besitzstande und ihrer Ausbreitungsfähigkeit bedroht sind. Man darf zu der Wirtschaft und Landwirtschaft das Zutrauen haben, daß sie weit eher ein geneigtes Ohr bei der Staatsverwaltung finden und sich ein Plätzchen an der Sonne erobern werden; wer aber sorgt in diesen zwangsläufig vorteilbedachten Zeiten für die feineren Bedürfnisse des geistigen Lebens? Und so ist Ostpreußen, das sozusagen um sein tägliches Brot kämpft, ganz besonders schlimm daran, seine Wissenschaft, seine Kunst, seine Kultur überhaupt, auf der notwendigen Höhe zu halten, zumal ein großer Teil unserer ehrenwerten Zeitgenossen gewohnt ist, diese Güter mehr als holden Überfluß und angenehme Zugabe zu betrachten denn als bittere Notwendigkeit. Und doch bedarf es keines umständlichen Beweises, daß für uns das beste Gegengewicht gegen Verslavung und Versklavung in der Hebung des geistigen Niveaus der Bevölkerung, in der Wahrung des deutschen Kulturgutes liegt.

Das ist zwar ohne weiteres zuzugeben, daß die Pflicht, Bildungsmittel zu beschaffen und zu mehren, in erster Linie den Gemeinwesen und der Provinz obliegt; allein deren Mittel und Möglichkeiten sind in dem jetzt beispiellos harten Kampf ums Dasein so erschöpft, ihre Leistungen im Durchschnitt schon so überspannt, daß an ein Mehr meist nicht zu denken ist! Hier erwächst dem Staat vorübergehend ein nobile officium, helfend einzugreifen und den oft rührenden „Kampf ums Licht“ nach Kräften zu erleichtern. Es handelt sich gerade hier nicht immer um Riesensummen; es ist uns nicht selten schon mit kleinen Zubußen gedient, deren mehr moralische als physische Unterstützung doch schwer ins Gewicht fällt. Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, meine Damen und Herren, Ihnen eine Übersicht über unsere Bildungs- und Kulturgüter zu geben, die bei der Kürze der Zeit freilich keinerlei Vollständigkeit erstreben kann.

Der Kristallisationspunkt aller höheren Bildung in Ostpreußen ist die nach ihrem Stifter Herzog Albrecht benannte Albertus-Universität. Sie erfüllt noch heute die Aufgabe, die ihr der Gründer 1744 zuwies, eine Hochwarte der universitas literarum, zugleich ein geistiges Bollwerk gegen das slavische Umland zu sein. Die Hochschule hat zwar nie zu den großen gehört und zeitweise sogar nur ein stilles, müdes Leben geführt; aber sie hat doch ihre Glanzzeiten aufzuweisen, da man in Deutschland, ja in der ganzen Welt von ihr sprach. Ihr stolzestes Ruhmesblatt ist und bleibt das Wirken Immanuel Kant's,

der — wie vor Jahrhunderten unser Kopernikus „die Erde sich bewegen und den Himmel stillstehen machte“ — eine heilsame Umwälzung des menschlichen Denkens vollzog. Auf seinem Lehrstuhl haben auch später Männer von Wert und Verdienst gesessen, neben dem Hegelianer Rosenkranz der Pädagoge Herbart und der Philosophie-Geschichtschreiber Überweg. Hier lehrten ferner, um nur ein paar bedeutende Gelehrte herauszugreifen, die Philologen Lobeck, Lehrs und Lachmann, der Historiker Drumann, der Archäologe Ludwig Friedländer, die Sprachforscher Nesselmann, Rhesa, Schade und Bezzenberger. Wir gedenken noch des hochbegabten Zeitgenossen Kants, des von der neuen englischen Volkswirtschaftslehre befruchteten Philosophen Kraus, des glänzenden Juristen Ed. v. Simson, des „geborenen Präsidenten“, K. E. von Baers, des Schöpfers der Entwicklungslehre, und des Physiologen Helmholtz, der hier den Augenspiegel erfand und die Grundlage zur modernen Farbenlehre legte. Auf dem Gebiet der Mathematik aber leuchtet das Dreigestirn Franz Ernst Neumann, dessen Schüler jahrzehntelang fast alle Lehrstühle für Physik in Deutschland innehatten, der geniale Jacob Jacobi und Bessel, der in seiner bescheidenen Sternwarte bahnbrechende Methoden der astronomischen Forschung erfann. Unabsehbar ist bis auf unsere Tage das Heer der bedeutenden Schüler der Albertina — denken Sie bitte etwa an Kirchhoff, den Mitbegründer der Spektralanalyse, den Oberpräsidenten Th. v. Schön, an Robert von Keudell, den Vertrauten Bismarcks, den Politiker Sobrecht, die Dichter und Schriftsteller Herder, Hamann, v. Hippel, Ferd. Gregorovius, Wilhelm Jordan, Rudolf v. Gottschall, Julian Schmidt, Albert Dulk, Hermann Sudermann und viele andere mehr.

Was sich die Universität wünscht und erhofft, werden Sie, meine Damen und Herren von ihrem berufenen Vertreter hören; ich möchte hier nur noch anfügen, daß zu den Lasten der Königsberger Dozenten nicht nur Hochschulwochen in der Provinz treten, sondern auch die Fortführung und Bereicherung des hier sehr ausgebildeten wissenschaftlichen Vereinslebens. Da ist die Königliche Deutsche Gesellschaft, die Namen und Art noch auf Gottscheds Tage zurückführt; da ist — neben der Tischgenossenschaft der Kantfreunde, die nur einmal im Jahr, nämlich am Geburtstag des Philosophen zusammentritt, — der Königsberger Zweig der Kantgesellschaft; ferner die Altertumsgesellschaft Prussia, Besitzerin eines in ganz Europa anerkannten Museums, und eine Anzahl anderer Vereinigungen, von denen sich mehrere vor einigen Jahren zu der Königsberger Gelehrten Gesellschaft zusammengeschlossen haben, die eine eigene Reihe geistes- und naturwissenschaftlicher Schriften herausgibt.

Um die Universität Königsberg gruppieren sich eine Handels- und eine Volkshochschule und eine noch bescheiden arbeitende Verwaltungsakademie; ja, wir besitzen noch eine Miniatur-Universität in der Braunschweiger Akademie mit einer theologischen und einer philosophischen Fakultät. Die aus einem ehemaligen Jesuitenkolleg, dem Lyzeum Hosianum, hervorgegangene Anstalt hat sich die wissenschaftliche und sittlich-religiöse Ausbildung junger Leute zur Aufgabe gemacht, die sich dem geistlichen Stande der katholischen Kirche widmen wollen. Die Räume der Akademie waren gänzlich unzureichend und sind aus den Mitteln des Jahres 1926 durch den Umbau eines alten Bürgerkafinos jetzt endlich erweitert worden. Immer ist aber noch die Bibliothek sehr schlecht untergebracht, sodas baldigste Änderung zur Erhaltung der wertvollen Bücherschätze dringend erwünscht ist.

Fundament alles Bildungswesens ist die Schule, und es muß anerkannt werden, daß diese Einsicht außerordentlich an Boden gewonnen hat. So ist für das höhere Schulwesen in der letzten Zeit sehr viel geschehen, dank sowohl des staatlichen Entgegenkommens wie der gemeindlichen Anstrengungen. Erwünscht bleiben aber noch Beihilfen für Schülerheime, die in kleineren Städten dringend geboten sind, soll das flache Land an der günstigen Entwicklung des höheren Schulwesens Anteil haben. Solche Schülerheime sind bereits in Betrieb, z. B. in Mohrunen und Pr. Enlau. Jährliche Zuschüsse von je 3000 bis 5000 Mark wären sehr willkommen. In Rastenburg ist ein Neubau für das städtische Oberlyzeum notwendig; die Stadt will gerne bauen, doch ist die Beschaffung von Kreditmitteln schwierig.

Größer und bedeutsamer ist die Not im Volksschulwesen. Die laufenden persönlichen Unterhaltungskosten der Volksschule (Beiträge zur Landeschulkasse) abzüglich Ergänzungszuschüsse sind im Regierungsbezirk Königsberg so außerordentlich hoch und um so viel höher als in anderen Bezirken, wenn man die Steuerkraft des Bezirks zugrunde legt, daß die Schulverbände nur wenig für die sonstige Ausgestaltung und Ausstattung der Volksschule tun können. Infolgedessen sind in diesem Bezirk, aber natürlich auch anderswo, die Schülerbibliotheken, das Anschauungsmaterial für den Unterricht, die Turngeräte und die Vorbedingungen für zweckmäßige Ausübung des Sports oft durchaus unzureichend. Eine bessere Ausstattung wäre aber besonders deshalb notwendig, weil über 95 v. H. der Schulkinder nur durch die Volksschule gehen und erst dadurch die Grundlage für weitere kulturelle Bedürfnisse geschaffen wird. Ebenso sind die Fonds für einmalige Ergänzungszuschüsse zu knapp bemessen, da aus ihnen die Unterhaltung

der Schulgebäude in Dach und Fach, die Vertretungskosten und noch anderes bestritten werden müssen. Eine nicht geringe Zahl von Volksschulen harret des Neubaus; ihr Zustand ist bisweilen derart schadhaf, daß sie polizeilich geschlossen werden müssen.

Viel läßt noch die Fortbildungsmöglichkeit der Lehrer zu wünschen übrig. Es ist dies ja eine alte Klage der Volksschullehrer. Insbesondere sind die großen pädagogischen Büchereien für den Kleinstadt- und Landlehrer schwer erreichbar. Deshalb ist oft der Wunsch nach der Errichtung einer Zweigstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht laut geworden.

Viel, sehr viel hat noch auf dem Gebiet der Volksbüchereien zu geschehen. Die Anfänge verdienen alles Lob, sind doch aber eben nur Anfänge. Landkreise wie Städte haben sich, oft in pfleglichster Art, bemüht, das Volksbüchereiwesen — eine Grundlage unseres gesamten Bildungswesens — unter Anteilnahme der eigens dazu errichteten „Büchereiberatungsstelle der Provinz Ostpreußen“ zu organisieren und auszudehnen. Es ist allerlei unternommen, um Standbüchereien ins Leben zu rufen und kleine wohlgewählte Wanderbibliotheken schrankweise, immer auf ein Jahr, auf die Dörfer zu schicken. Allein diese sehr anzuerkennenden Erstlingsversuche genügen noch nicht im Entferntesten allen Anforderungen. Die gemeindlichen Mittel reichen auch hier nicht aus. Erfreulich, daß für diese Zwecke in den letzten Jahren wiederholt staatliche Beihilfen gewährt wurden; aber es bleibt eine Erhöhung dieser Zuschüsse doch sehr erwünscht, namentlich um erst einmal einen ansehnlichen und zuverlässigen Grundstock an Büchereien zu schaffen.

Heimatismuseen — ein schönes Wort, wer es nur recht verstünde Heimatismuseen sind ohne Frage eine Gefahr, wenn sie die Erlaubnis haben, alles, auch das Seltenste, Wertvollste, Einzigartige an sich zu raffen und den wissenschaftlich notwendigen Zentralmuseen vorzuenthalten; sie sind ein Segen und sogar eine Notwendigkeit, wenn sie sich in der Hauptsache auf Doubletten beschränken und allein den Ehrgeiz haben, der umwohnenden Bevölkerung Aufklärungs- und Anschauungsmaterial zu bieten. Voraussetzung ist also, daß die Kreis-, Orts- oder Heimatismuseen nicht schalten und walten können, wie sie wollen, sondern in ihren Erwerbungen und Beständen von dem Provinzialmuseum überwacht werden. Geschieht dies, so ist der weiteren Bildung von kleinen Museen, wie sie schon in vielen ostpreussischen Orten entstanden sind, das Wort zu reden und auch eine bescheidene staatliche Unterstützung durchaus zu gönnen. Mit ganz geringen Mitteln kann da viel erreicht werden.

Ein Kapitel für sich ist die Denkmalpflege. Ihre erste Forderung in Ostpreußen ist eine neue Bestandsaufnahme der Bau- und Kunstdenkmäler. Die alte von Ad. Bötticher ist unvollständig — das Bauern- und Bürgerhaus fehlt fast ganz darin —, veraltet und dazu vergriffen! Die dazu erforderlichen Reisekosten will die Provinz gerne tragen, die Gehälterfrage aber wäre Sache des Staates. Das Denkmalamt ist neuerdings im Königsberger Schloß untergebracht worden, indes in durchaus unzulänglichen Räumen. Die richtige Lösung wäre wohl, daß das darüberliegende, im wesentlichen seit 1460 (!) dort untergebrachte Staatsarchiv endlich seinen längst in Aussicht gestellten Neubau erhielte und daß in die dadurch freiwerdenden Räume das Denkmalamt einzöge. Der erforderliche Grund und Boden für den Neubau ist von der Stadt in der Hufenallee längst kostenfrei zur Verfügung gestellt worden, es fehlt aber noch an der Bewilligung der Baukosten.

Die Mittel zur Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler sind in unserer Provinz sehr spärlich! Die Provinz selbst tut, was sie kann, und ist von 3 000 *M* Jahresbeitrag allmählich auf 20 000 *M* heraufgegangen. Allein, was sind in dieser Teuerungszeit 20 000 *M* für Erhaltung, Pflege und Ausbau der Bau- und Kunstdenkmäler einer ganzen Provinz?! Zufriedenstellend wäre nur ein Beitrag von etwa 50 000 *M*. Die Provinz kann solche Summen beim besten Willen nicht aufbringen. Der preußische Staat gibt wohl Zuschüsse für Erhaltung einzelner Denkmäler, aber diese Staatsbeihilfen müßten bedeutend erhöht werden, sollen auch nur unsere besten Denkmäler vor Verfall geschützt werden. Es ist tieftraurig, daß für die Marienkirche in Elbing öffentlich gebettelt werden muß, weil die herrliche Kirche ernstlich zu verfallen droht. In gleichem Sinne blieben noch viele Wünsche offen — es sei nur an dem mangelhaften Zustand der ältesten Königsberger Kirche, der Steindammer, und an die immer noch nicht erfolgte Eindeckung der Balgaer Ruine oder des nach dem Kriege abgebrannten Flügels der Ordenskomturei Barten erinnert. Das bedeutendste Baudenkmal des deutschen Ordens nach der Marienburg ist Schloß Heilsberg, zu dessen Wiederherstellung sich vor anderthalb Jahren ein eigener Schloßbauverein gegründet hat. Es wurden zunächst 150 000 *M* zur Sicherung der Fundamente an der Alle erbeten, doch harret man noch in Demut des ministeriellen Bescheids. Hoffentlich kommt er bald und lautet bejahend!

Eine Anzahl wissenschaftlicher und künstlerischer Sammlungen ist als Ostpreußisches Landesmuseum im Königsberger Schloß zusammengefaßt worden, darunter die Bildergalerie mit etlichen Wertstücken und die schon erwähnte durch ihre vorgeschichtlichen Funde

Weltruf genießende Sammlung der Prussia. Ergänzt wird übrigens der Anschauungsunterricht der Altertumsgesellschaft noch durch das schöne Heimatmuseum im Tiergarten, das der mehr und mehr schwindenden eingeborenen Bauernkunst und -kultur eine dauernde Zufluchtsstätte bereitet. Es wurde als das erste deutsche Freilichtmuseum noch kurz vor Kriegsausbruch unter Dach und Fach gebracht. Das Eigenartigste, was wir zu bieten haben, ist das Bernsteinmuseum; es enthält meist Naturfunde aus der Heimat, besonders aus Palmnicken, dem einzigen Bernsteinbergwerk der Erde. — Bemerkenswert ist, daß diese zum Teil großartigen Sammlungen vielfach nur durch private Vereinstätigkeit zustande gekommen sind. Wie es denn überhaupt eine Eigentümlichkeit des von „oben“ oft vernachlässigten Ostens ist, daß der Ausbau des kulturellen Lebens zu nicht geringem Teil auf Selbsthilfe beruht und nicht zuletzt der hingebenden Arbeit einzelner ehrenamtlich tätiger Männer zu verdanken ist. Welch eine Unsumme wissenschaftlicher Anregungen und Taten ist allein von den gelehrten Gesellschaften der Provinz ausgegangen — etwa vom Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen, der Geographischen Gesellschaft, dem Br. Botanischen Verein, dem von Helmholtz mitbegründeten Verein für wissenschaftliche Heilkunde, der Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft, der Litauisch-Literarischen Gesellschaft, dem Kopernikus-Verein usw. So hat sich — ein Unikum in Deutschland! — ganz auf eigene Kraft gestellt, auch der Goethebund Königsberg in 26 Jahren zu einer das gesamte Vortragswesen umfassenden Gemeinschaft entwickelt, die sehr viel für das Verständnis von Kunst, Literatur und Wissenschaft tut und durch Berufung von Künstlern und Dichtern eine geistige Brücke nach dem Reich schlägt.

Die Mitgliederzahl belief sich in einzelnen Jahren auf 3000, die Zahl der Veranstaltungen auf 40—50. Aber auch hier bewirkt die Ungunst und Unkultur der Zeit, trotz aller aufopfernden Tätigkeit des Vorstandes, einen starken Rückgang, sodaß man recht eigentlich aus der Hand in den Mund lebt und sich schon mit Abschiedsgedanken trägt. Ob die öffentliche Hand nicht auch in solchen Fällen die Pflicht hat, helfend einzugreifen?

Da hiermit schon das literarische Leben gestreift ist, sei gleich daran erinnert, daß Königsberg namentlich gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts eine geistig hohe Zeit durchlebt hat, in der sich bewundernde Blicke von überallher auf die Pregelstadt richteten. Wir hatten schon im 17. Jahrhundert unseren Simon Dach, und im Anfang des

18. nahm Gottsched von hier seinen Ausgang; damals aber bildeten Kant, Hamann, Hippel u. a. einen weithin leuchtenden Kreis, der nur deshalb nicht so magisch anzog wie der Weimarer, weil er den deutschen Lebenszentren zu entfernt lag. Mit Stolz sind wir uns neuerdings auch bewußt geworden, daß E. T. A. Hoffmann und und Zacharias Werner hier geboren und daß Heinrich v. Kleists beste Werke hier geschaffen sind. Mehr oder minder entscheidende Anregungen haben bei uns empfangen u. a. Wilh. Jordan, Gregorovius, Robt. Schweichel, Bogumil Golz, die Skowronneps, C. Bulcke, Heinr. Spiero, Agnes Harber Rolf Laufner, Fritz Red-Mallezewen, Martin Borrmann. Es ist freilich unser Schicksal, daß Talente, die flügge geworden sind, uns zu verlassen und ihren Flug ins Reich zu lenken pflegen. Die uns treu geblieben sind, wollen wir um so freudiger nennen; die große Lyrikerin und Ehrendoktorin der Albertina Agnes Miegel, den Dramatiker Alfred Brust, die Simplizissimus-Dichterin Kat. Botsky und den Schlesier Alfred Hein.

Die bildende Kunst hat es bei uns von jeher schwer gehabt. Sie wird in diesem Lande nicht recht bodenständig. Einmal setzte der Magistrat Königsberg ein Inserat in die Zeitung: „Niederlassung von Künstlern ist erwünscht“. Angelpunkt der bildenden Kunst ist seit 1844 die Königsberger Kunstakademie, eine der fünf im Freistaat Preußen. Das kühne Unternehmen, in der Ultima Thule den Baum der Kunst anzupflanzen, ist wiederholt als ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt bezeichnet worden. Allein jene Gründung, die besonders dem Oberpräsidenten von Schön und dem Kunsthistoriker Aug. Hagen zu danken war, hat sich doch, wie uns scheint, hundertfach bezahlt gemacht. Wieviel armseliger wäre das neuere Kulturleben Ostpreußens ausgefallen ohne Mithilfe der „Musen und Grazien“ — ohne die belebende Tätigkeit der an die Akademie berufenen Künstler, die ja nicht bloß in ihr Museum gebannte Lehrkräfte, sondern oft genug auch alle Fragen des öffentlichen Geschmacks beeinflussende und befruchtende Kulturträger waren! Das zeigte sich besonders in der 1901 anhebenden Aera Ludwig Dettmann. Mit diesem künstlerisch wie menschlich ungemein beweglichen Direktor setzte eine Blütezeit der Akademie ein. Er berief Lehrer wie Olf Zernberg, Otto Heichert, den Bildhauer Stanislaus Cauer, den zu frühe uns entrissenen Stillebenmaler und Landschaftler Karl Albrecht, den Baumeister der Neuen Akademie Friedrich Lahrs, den erfindungsreichen Richard Pfeiffer und den so vielseitigen und so vielfach anregenden Radierer Heinrich Wolff. Auch die Schülerschar unserer Akademie hat manch klangvollen Namen aufzuweisen. Ich

nenne Karl Scherres, Otto Brausewetter, Richard Friese, Gustav Gräf, den Bildhauer Siemering, den Maler der Kurischen Nehrung Ernst Bischoff-Kulm, Waldemar Rösler, Theo v. Brockhusen und vor allem den neuzeitlichen Großmeister deutscher Malerei: Louis Corinth aus Tapiau, dessen Geburtshäuschen noch heute steht, von Stadt und Staat erworben und als kleines Dauermuseum mit wechselndem Inhalt hergerichtet werden sollte. Eine Eingabe, die ich unter dem 1. August in diesem Sinne an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet habe, wird hoffentlich einige Gegenliebe finden! Auch dem Herderhaus in Mohrungen wünsche ich, daß es von Schwamm und profanen Mitbewohnern befreit werden möge.

Nach manchen Palastrevolutionen, inneren Kämpfen und Krämpfen sind in der Kunstakademie unter der gegenwärtigen Leitung eines Nichtkünstlers, Direktors Dr. Kollau, Friede und Arbeitsruhe wieder-gekehrt. Die Akademie sieht ihre Aufgabe darin, nicht nur den Nachwuchs der Künstlerschaft auszubilden, sondern überall in der Provinz künstlerische Bestrebungen zu unterstützen, Kunstfreunde zu beraten und dem Künstler helfend zur Seite zu stehen. Auch natürlich dem freien, nicht beamteten Künstler, dessen Not gerade in Ostpreußen oft besorgniserregend ist. Darum ist es erste und letzte Forderung, daß öffentliche Aufträge durch Reich und Staat im Lande bleiben — nicht nach auswärts, sondern an Einheimische vergeben werden! Es gibt genug Belege dafür, daß nach diesem eigentlich selbstverständlichen Grundsatz leider nicht immer verfahren worden ist. Auch in der Denkmalspflege wird die lebende Kunst bisweilen zu Gunsten des Wiederherstellungsprinzips hintangesezt.

In der Kunstakademie selbst geht der Hauptwunsch dahin, daß die Bildungsmittel vervollständigt und ergänzt werden möchten. Die prachtvolle Dorgerloh-Sammlung von Graphiken müßte auf neuzeitlichen Stand gebracht werden, und ebenso bedarf die Bücherei eines entschiedenen Ausbaus. Denselben Wunsch äußert mit Recht auch die Kunst- und Gewerkschule. Eine sorgfältig aufgebaute Fachbücherei wäre ein wesentliches Hilfsmittel zur Ausbildung der Schüler auf allen Gebieten der angewandten Kunst. Bei der großen Bedeutung, die der handwerkliche Unterricht an der Kunst- und Gewerkschule in eigenen Versuchswerkstätten besitzt, wäre es wünschenswert, wenn diese einzelnen Werkstätten weiter ausgebaut würden, sodas sie allen Anforderungen unserer Zeit entsprächen und möglichst vielen Schülern die Teilnahme ermöglichen.

Ein Lehrer dieser Anstalt, Professor Otto Ewel, vertritt in bezug auf die Entwicklung der bildenden Kunst eine Anschauung, die immerhin

weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Ewel hält sich zu der Annahme berechtigt, daß weniger der Mangel an Mitteln als vielmehr der Mangel an Aufgaben die Entwicklung der Kunst behindert. Nach ihm verwendet der Staat $\frac{19}{20}$ seiner Mittel für Kunst-, Schul- und Museumszwecke und nur $\frac{1}{20}$ wird der Kunst selbst in Form von Aufgaben zugeführt. In seinen beamteten und als Lehrer tätigen Künstlern besitzt der Staat aber ein Staatsmittel, daß er, nach Ewel, zu Staatszwecken viel umfassender einsetzen könnte und sollte. Eine schon 1924 der Staatsregierung und den Landtagsfraktionen überreichte Denkschrift erläutert diese Gedanken. Einstweilen hat Ewel mit seinen Schülern im Sinne seiner Denkschrift gearbeitet und Tatsachen zum Beleg seiner Auffassung geschaffen: die Ausschmückung der Turnhalle in Domnau und die kleine Kapelle in Tolkemit, die nur wenige hundert Mark kostete und für die Gangbarkeit des von Ewel empfohlenen Weges spricht.

Auf musikalischem Gebiet täuscht die unendlich rege und fleißige Privattätigkeit von Vereinen, Agenturen und Einzelpersonen über eine dennoch bestehende Not hinweg. Was uns für ein gesundes Musikleben fehlt, ist vor allem eine staatliche Musikhochschule, wenn möglich in Verbindung mit einem Musikgymnasium und ein Landes-symphonieorchester. Es versteht sich von selbst, daß Stadt und Provinz hier zu den Kosten stark herangezogen werden müßten, aber allein können sie's nicht schaffen! Wenn es dem Staat ernst ist mit seinen wiederholten Versicherungen, dem abgeschnürten Osten helfen zu wollen, so findet er hier ein ideales Betätigungsfeld. Das Stadttheater-Orchester allein kann das Bedürfnis nicht im entferntesten befriedigen. Von ihm verlangt man schon

1. tägliche Opern- oder Operettenvorstellungen,
2. die Ausübung der Symphoniekonzerte und
3. Mitwirkung im Rundfunk.

Das läßt sich allenfalls noch bestreiten — ein weiteres ist aber ausgeschlossen. Unsere vortrefflichen Chorvereine gehen also leer aus und drohen ihr wertvolles künstlerisches Leben dadurch einzubüßen. Dazu kommen noch die berechtigten Wünsche der Provinz! Ostpreußen hat an hochstehenden Musikkapellen, von Königsberg abgesehen, nur noch das Opernorchester Tilsit, das mit seinen 24 Mann wohl den Ansprüchen des Hauses genügt, darüber hinaus aber kaum tätig sein kann. So bleibt der Wunsch nach einem wandernden Provinzialorchester, das auch Königsberg mitzubespisen vermag, berechtigt und unabweisbar.

Die Königsberger Oper wird auch in Zukunft tatkräftigster Unterstützung bedürfen. Der Staat hat für die vorige Spielzeit 50 000 \mathcal{M} ausgeworfen, unter dem Gesichtspunkt, daß hier deutsche Kultur „inmitten

der slavischen Brandung“ hochgehalten und durchgesetzt werden soll, in dieser fast kunstfremden Zeit ein viel zu bescheidenes Sümmdchen! Zum mindestens muß der Zuschuß wiederholt werden, und die preußische Landesbühne, hierfür jetzt die eigentliche Seelsorgerin und Schatullenverwalterin des Staats, muß sich darüber klar werden, daß in unserem verinselten Grenzlande die Verhältnisse von ganz besonderer Art sind und mit denen fast aller anderen preußischen Provinzen überhaupt nicht verglichen werden können.

Auch eine Unterstützung des in der Theaterwelt hochangesehenen Neuen Schauspielhauses wäre nicht mehr wie recht und billig! Gewiß, man schlägt sich tapfer auch so durch; daß aber auch hier noch erhöhte Leistungen auf einer festeren finanziellen Grundlage möglich und erwünscht wären, ist selbstverständlich. Wahrhafte Festspiele im Mai, zu denen die ganze Provinz wallfahrtete, wären, um ein Beispiel zu geben, ein Ziel aufs innigste zu wünschen.

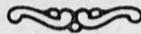
Meine Damen und Herren, so flüchtig diese Skizze war, so hoffe ich doch, daß mancher von Ihnen daraus den Eindruck gewonnen haben wird: Ostpreußen ist nicht bloß das Land der schnellen Traktierer und der schwerfälligen Elche, sondern es hat auch in der Geistesgeschichte unseres Vaterlandes ein Wörtchen mitzusprechen. Gewiß, wir haben viel der Allmutter Deutschland zu danken, aber wir glauben auch nicht undankbar geblieben zu sein! Wenn wir viel empfangen haben, so haben wir auch einiges zurückgegeben an wertvollen Köpfen und geschichtlichen Werten. Die Nord-Ostmark braucht sich in ihren Leistungen für die Gesamtheit vor keinem deutschen Gau zu verstecken! Und dennoch — ich komme auf meinen Anfang zurück — genießen wir nun einmal nicht Liebe, kaum Achtung! So war es, so ist es, und so wird es — hoffentlich nicht bleiben! In einem Briefe, den der Königsberger Domorganist Podbielski 1779 an den in Berlin lebenden Maler Chodowiecki schreibt, lese ich die bezeichnenden Abwehrworte: „Über Ihr wenigtes Zutrauen zu Königsberg muß ich noch ein bischen mit Ihnen zanken. Sibirier — wie uns die Herren Berliner so gerne nennen — sind wir nun wohl nicht so ganz; aber ein bischen Abderiten — das könnte wohl sein —, aber wo sind die nicht?“ Auch Ludwig v. Bacsko muß sich in ähnlichem Sinne zur Wehr setzen, wenn „die Officianten“ aus Berlin sich sehr eingenommen von ihrer Stadt zeigen, Preußen hingegen „für einen verworfenen Winkel der Erde“ zu halten scheinen, und wenn er manches Zurückgebliebene in Ostpreußen aus — dem Mangel an Interesse im Reich erklärt.

Meine Damen und Herren, es ist sicher nicht allein unsere Schuld, wenn wir diese Ab- und Notwehrstellung auch heute noch einnehmen müssen! Auch heute noch müssen unsere Vertreter höheren Ortes in Berlin dahin vorstellig werden, daß hier keine Abderiten und keine Sibirier wohnen! Auch heute muß noch um Gunst und Geld gebettelt werden — in so bedrängter Dürftigkeit der deutsche Osten auch seinen wirtschaftlichen und volklichen Kampf führt und so sehr er schon überall Kräfte abbröckeln sieht. Da ist Aufklärung das einzige, was helfen kann! — tragen Sie bitte das Ihrige dazu bei! — Aufklärung, daß hier keine Wölfe heulen (höchstens im Tiergarten), sondern die Sonne Somers auch uns lächelt; Aufklärung, daß

„Ostpreußen, das einsame Land,

Hart in sein armes Schicksal gebannt“,

schon um seines Geistesleben willen Anspruch auf volle Beachtung, Teilnahme und Hilfe durch Staat und Reich hat.



Soziale Fürsorge in Ostpreußen.

Von Landeshauptmann Graf von Brünned.

Wenn Sie soeben kurze Überblicke über die ostpreußische Wirtschaft und über die ostpreußische Kultur erhalten haben, so will ich nun über ein Thema zu Ihnen sprechen, dessen Inhalt wesentlich durch beides bestimmt wird, die Fürsorge für die Mühseligen und Beladenen, mit anderen Worten: die Gesamtheit aller derjenigen Maßnahmen, die innerhalb der menschlichen Gemeinschaft die sozialen Nöte des Einzelnen, wie ganzer hilfsbedürftiger Kreise lindern und nach Möglichkeit abstellen wollen.

Die Zeit nach dem Kriege hat uns ganz naturgemäß eine besonders intensive Beschäftigung mit den sozialen Problemen gebracht, und diese Beschäftigung hat vielfach bereits zu gemeinsamen Grundsätzen und allgemein gültigen gesetzlichen Regelungen geführt. Und wenn ihre praktische Durchführung sich in den einzelnen Teilen Preußens in Ausmaß und Wirkung noch weitgehend von einander unterscheidet, so sind diese Abweichungen nicht eine Folge verschiedener Anschauungen über das Notwendige, sondern sie sind ein Ergebnis der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, die im Osten und Westen, in Stadt und Land herrschen. Ich will Ihnen nun hier nicht im Einzelnen darstellen, was wir auf dem Gebiet der Fürsorge geschaffen haben — wengleich es entsprechend unseren finanziellen Kräften, also relativ nicht wenig genannt werden kann; — sondern ich will Ihnen zeigen, wie das absolut Wenige dem Blick entschwindet, der vorwärts sieht, wieviel noch übrig ist.

Die Gründe für das Zurückbleiben der Fürsorge in der Provinz Ostpreußen liegen vorwiegend in ihrer Armut und zu ihr kommen noch die Schwierigkeiten, denen die Übung der Fürsorge in den ganz überwiegend ländlichen Verhältnissen einer weit ausgedehnten, dünn bevölkerten und räumlich von Reich und Staat getrennten Provinz begegnet.

Von der ostpreußischen Bevölkerung wohnen nur rund 22 Prozent in größeren Städten, rund 17 Prozent in Städten unter 20 000 Einwohnern, die mehr oder weniger den Charakter richtiger Landstädte haben.

Der ganze Rest von 61 Prozent wohnt auf dem flachen Lande. Unsere Fürsorgemaßnahmen müssen also in der Hauptsache auf ländliche Verhältnisse zugeschnitten sein, die, wie bereits gesagt, noch ihre besondere Prägung durch die Abgeschlossenheit der Provinz nach außen hin erhalten.

Wenn ich nun die hauptsächlichsten Fürsorgegebiete in Kürze durchgehe, so beginne ich mit demjenigen, dessen Nutzen für die Hilfsbedürftigen, wie für die Allgemeinheit der unmittelbarste und auch menschlich wertvollste ist, der Arbeitsfürsorge, gefaßt als die Summe derjenigen Bestrebungen, die den Befürsorgten mit lohnender Arbeit versehen wollen. Hier treten nun den gewöhnlichen Maßnahmen der Arbeitsfürsorge die Eigenheiten der ostpreussischen Wirtschaft und die durch die Abgeschlossenheit der Provinz geschaffenen Zustände ganz besonders hindernd entgegen. Das Überwiegen der Landwirtschaft und die Wirtschaftsformen landwirtschaftlicher Betriebe bringen es mit sich, daß hier im Winter die Beschäftigungsmöglichkeiten weit geringere sind, als im Sommer, daß also einem stark vermehrten Bedarf an Arbeitskräften in der Zeit der Bestellung und Ernte ein stark verminderter Bedarf besonders im Winter gegenübersteht. Auch das Baugewerbe ist infolge der Einwirkung des härteren ostpreussischen Klimas in weit höherem Maße auf einen Saisonbetrieb zugeschnitten, als im übrigen Preußen. Diese, in Ostpreußen neben den sonstigen Schwankungen einhergehende besondere Unbeständigkeit des Arbeitsmarktes würde nun an sich zu der Notwendigkeit eines verstärkten zwischenbezirklichen Ausgleichs führen, der im übrigen Preußen sowohl innerhalb der Berufe selbst, wie auch zwischen den einzelnen Berufen durch rege Vermittelungstätigkeit mit den Nachbargebieten mit großem Erfolge durchgeführt wird. In Ostpreußen ist ein solcher Ausgleich nahezu unmöglich, da die hierfür in Frage kommenden Nachbargebiete an Polen gefallen sind, und ein Arbeitsmarktausgleich über den Korridor hinweg so gut wie ausgeschlossen ist. Daraus ergibt sich, daß der Arbeitsmarkt nicht in so beweglicher Weise, wie es nötig und wünschenswert wäre, und wie es im übrigen Preußen auch möglich ist, den jeweiligen starken Schwankungen angepaßt werden kann, sondern verhältnismäßig starre Formen angenommen hat. In Zeiten der starken Arbeitslosigkeit wird die Entlastung durch anderweitige Unterbringung von Arbeitslosen, und andererseits in Zeiten eines gesteigerten und örtlich nicht zu deckenden Bedarfs die Heranholung von Arbeitskräften stets auf diese besonderen ostpreussischen Schwierigkeiten stoßen. Nur eine systematische, verstärkte und dauernde Durchführung von Notstandsarbeiten ist unter diesen Umständen geeignet, in gewissem Umfange einen Ausgleich herbeizuführen, den wir dringend brauchen.

Dabei muß ich noch auf eine weitere Folge der eingetretenen Gebietsveränderungen aufmerksam machen, das ist die bereits jahrelang andauernde Belastung des ostpreußischen Arbeitsmarktes durch die Zuwanderung von Verdrängten und Flüchtlingen. Wie stark diese Zuwanderungsbewegung in Ostpreußen gewesen ist, erhellt schon allein daraus, daß hier Jahre hindurch vier Lager zur Unterbringung dieser Personen unterhalten werden mußten. Es ist klar, daß solche Zuwanderung den ohnehin schon schwierigen Arbeitsmarkt noch weiter belastet und so die Arbeitsfürsorge stark erschweren und in ihren Ergebnissen beeinträchtigen muß.

Hierdurch sind natürlich auch die anderen Gebiete der sozialen Fürsorge, vor allem die Wohlfahrtspflege und die Wohnungsfürsorge, stark in Mitleidenschaft gezogen, und es sind so der Provinz verhältnismäßig große Opfer auferlegt worden, die das übrige Reich in diesem Ausmaße kaum kennt. Im Anschluß hieran muß ich auch noch die Befürchtungen zum Ausdruck bringen, die sich für Ostpreußen aus den Bestimmungen des deutsch-litauischen Optionsvertrages vom 10. Februar 1924 ergeben, wonach die deutschen Optanten bis zum 31. März nächsten Jahres das litauisch gewordene Memelgebiet verlassen müssen. Man muß bei dieser Gelegenheit auf eine weitere Zuwanderung von Tausenden gefaßt sein, die sicherlich größtenteils den Wunsch haben werden, in der Nähe ihrer alten Heimat zu bleiben und in Ostpreußen in ähnlichen Verhältnissen wie bisher weiterzuleben.

Wenn die Arbeitsfürsorge auf die Verwertung der vorhandenen Arbeitskräfte abzielt, so bezweckt die Gesundheitsfürsorge die Erhaltung oder Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Ich kann wohl sagen, daß alle Stellen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Ostpreußen gerade diesem Gebiet ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, und daß wir es alle als eine der dankbarsten und schönsten Aufgaben empfinden, an der Hebung des Gesundheitszustandes unserer Bevölkerung zu arbeiten. Aber gerade auch auf diesem Gebiete treten die Unterschiede in der wirtschaftlichen und kulturellen Lage Ostpreußens zu derjenigen weiter Teile unseres Staates besonders kraß hervor; denn, wenn auch in den wenigen größeren ostpreußischen Städten die Gesundheitsfürsorge sich wohl kaum von der sonst üblichen städtischen Gesundheitsfürsorge unterscheidet, so kann das Gleiche von der in ländlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung nicht gesagt werden. Wir müssen immer wieder mit schmerzlichem Bedauern feststellen, in wievielen Dingen hier die Provinz unter dem Zwange der Verhältnisse gegenüber anderen Landesteilen noch zurücksteht. Wenn man sonst Klagen über den Gesundheitszustand

des deutschen Volkes hört, so kommen sie in der Regel am lautesten aus den großen Städten und Industriegebieten. Die hieraus resultierende Auffassung, daß dort die Not am größten und Abhilfe am dringendsten notwendig sei, ist zwar begreiflich; denn zweifellos lagen die Gesundheitsverhältnisse dort seinerzeit am schlechtesten, und sie bedürfen selbstverständlich auch heute der ständigen Beobachtung und Förderung. Man darf aber nicht übersehen, daß die großen, im Verhältnis zu den ostpreussischen immer noch reichen Kommunen des westlichen Preußens, die großen Krankenkassen, die reichen Versicherungsanstalten und eine ungleich leistungsfähigere freie Wohlfahrtspflege dort bereits ganz außerordentliche Fortschritte auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge erzielt haben, während die kleinen ländlichen Städte und das flache Land, denen nicht annähernd dieselben Hilfsquellen zu Gebote stehen, die aber auf der anderen Seite mit einer Reihe von, durch große Entfernungen und schlechte Verkehrsverhältnisse bedingten Erschwernissen zu kämpfen haben, die in großen Städten und in dichtbevölkerten Gebieten unbekannt sind, dahinter weit zurückbleiben mußten. Es wird daher unerlässlich, daß sich der allgemeine Blick schärfer auf diese Zustände in den ländlichen Gegenden richtet, die jetzt der Sorge der Staatsregierung auf das Dringendste bedürfen. Der Mangel an hygienischen Anlagen und an Anstalten aller Art, besonders an Sonderanstalten, die ungenügende Anzahl von Beratungsstellen für alle Zweige der Gesundheitsfürsorge, die im Verhältnis zum übrigen Staat geringe ärztliche und fürsorgeärztliche Betreuung der Bevölkerung, das Fehlen von Fürsorgepersonal, vor allem eines solchen mit Spezialausbildung, fordern dringend Abhilfe.

Von den 72 kreisangehörigen Städten Ostpreußens haben fast die Hälfte keine Kanalisation und nur wenig mehr, als zwei Drittel, Wasserleitung. Die Verhältnisse auf dem flachen Lande sind entsprechend schlechter. Man vergegenwärtige sich dabei die auffallend hohen Sterblichkeitsziffern bei Typhus und Ruhr und die durch die neue Grenzziehung stark vermehrte Seuchengefahr. Während in Berlin auf 10 000 Einwohner rund 59 Betten in allgemeinen Heilanstalten, in Köln 89 und in Preußen überhaupt 55 Betten entfallen, kann die Provinz Ostpreußen nur 32 Betten auf je 10 000 Einwohner aufweisen. Der Regierungsbezirk Gumbinnen steht sogar mit nur rund 22 Betten an zweitletzter Stelle. Die Folge davon ist, daß in diesem Bezirk zwar fast am meisten Verpflegte auf ein Bett, aber am wenigsten Verpflegungstage auf den einzelnen Verpflegten kommen, daß also einerseits eine Überbelegung der Anstalten stattfindet, während andererseits die Aufenthaltsdauer des einzelnen Kranken in der Anstalt auf ein Minimum bemessen werden

muß. In den Entbindungsanstalten entfallen in Ostpreußen auf 10 000 Einwohner 18 Betten, im Durchschnitt des Staates 53 Betten. Hinsichtlich der Lungenheilstätten bleibt Ostpreußen mit 355 Betten, hinsichtlich der Tuberkulosekrankenhäuser mit 350 Betten, mit seiner einzigen Kinderheilstätte sogar mit 700 Betten unter dem Reichsdurchschnitt. Dabei ist auch hier bei der Anstaltspflege wegen der räumlichen Trennung und der weiten Entfernungen nicht so leicht ein Ausgleich mit Nachbargebieten und anderen Bezirken möglich, wie im sonstigen Staat. In den Säuglingsheimen fehlen noch rund 5—600 Betten. Von Mütterheimen besitzt die Provinz nur eins in Königsberg. Tuberkulosefürsorgestellen bestehen zwar wohl jetzt in jedem Kreise, aber zurzeit nur für jeden Kreis eine. Auch der Mangel an Mütterberatungsstellen und Trinkerfürsorgestellen ist groß. — Während auf 10 000 Einwohner in Preußen durchschnittlich 6—7 Ärzte, (in Berlin rund 12, in Köln 9 Ärzte) kommen, sind es beispielsweise im Regierungsbezirk Allenstein, der damit allerdings an niedrigster Stelle steht, nur 3 Ärzte. Dabei muß man nun wiederum noch die geringe Bevölkerungsdichte und die ungünstigen Verkehrsbedingungen in Rechnung setzen. — Die Fürsorgeärzte sind nur in den kreisfreien und wenigen anderen Städten hauptamtlich angestellt. Im übrigen üben ihre Funktionen in der Regel die Kreisärzte nebenamtlich aus, die aber ihrerseits zu einem großen Teil nicht voll besoldet und daher außerdem auf Privat- oder Krankenhauspraxis angewiesen sind. — Um die ungenügende, aber aus Mangel an Mitteln kaum zu vermehrende Anzahl von Kreisfürsorgerinnen zu ersetzen, wird versucht, das Netz der Gemeindefürsorgestationen nach Möglichkeit auszubauen, um trotz der Erschwernisse, welche die Entfernungen und ungünstigen Verkehrsverhältnisse bereiten, die fürsorgerischen Maßnahmen durchführen zu können. Die Schwierigkeiten aber, die diesem Bestreben infolge der steigenden wirtschaftlichen Noie entzetreten, sind leider ständig im Wachsen begriffen. Über ausgebildete Säuglingspflegerinnen verfügt die Provinz nur in ganz geringem Umfange. — So tritt überall die starke Benächtigung der ostpreußischen Bevölkerung zutage. Auch auf den anderen Gebieten der Gesundheitsfürsorge, auf denen mir vergleichende Zahlen nicht zur Verfügung stehen, liegen die Verhältnisse kaum besser. Ich verweise auf die von uns mit besonderer Liebe gepflegte Kinder-Heil- und Erholungsfürsorge, deren doch hier lange nicht so viele Kinder teilhaftig werden können, wie anderswo. Dazu tritt ein Umstand, den ich hier nicht verschweigen kann, das ist die vielfach noch sehr mangelnde gesundheitliche Kultur. Das hygienische Verhalten weiter Kreise der Bevölkerung läßt noch sehr

viel zu wünschen übrig trotz aller aufklärenden Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet worden ist.

Wenn nun auch die gesundheitlichen Anlagen, die die hier geborenen Menschen mit auf die Welt bringen, ganz gewiß gerade bei uns Ostpreußen gute sind, so hat doch der allgemeine gesundheitliche Zustand infolge der eben geschilderten Unzulänglichkeiten stark gelitten. Ich will dies mit einigen Zahlen belegen. Während 1926 die Sterblichkeit im Durchschnitt des Landes Preußen nur $11\frac{1}{2}$ pro Tausende, in der Rheinprovinz nur $10\frac{1}{2}$ pro Tausende betrug, belief sie sich zu gleicher Zeit in Ostpreußen auf über 13 pro Tausende. Während auf 10 000 Einwohner in der Rheinprovinz wie in ganz Preußen 19 bis 21, in Berlin 11 Kinder geboren wurden, war die Geburtenzahl in Ostpreußen zwar noch 24, allerdings ohne den verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Totgeborenen. Andererseits aber kamen auf 100 Lebendgeborene in Ostpreußen 12 im ersten Lebensjahre gestorbene Kinder, im preußischen Durchschnitt jedoch nur 10 und in Berlin sogar nur $8\frac{1}{2}$ Kinder, und zwar starben in den Städten Ostpreußens von 100 Lebendgeborenen 11 Kinder, auf dem flachen Lande aber 13. Das Ergebnis dieser großen Säuglingssterblichkeit ist, daß Ostpreußen trotz seiner hohen Geburtenzahl mit einem Geburtenüberschuß von 10,8 auf 10 000 Einwohner erst an 4. Stelle kommt. Und hieraus erwachsen nationale Gefahren und es steigen nicht zu unterschätzende bevölkerungspolitische Probleme vor uns auf, wenn wir auf der anderen Seite die Fruchtbarkeit der Völker jenseits unserer ostpreußischen Grenzen in Betracht ziehen und bedenken, wie sehr die großen Städte und Industriegebiete darauf angewiesen sind, daß ihre sich ständig verbrauchende Volkskraft durch frischen Zustrom aus ländlichen Gegenden erneuert wird.

Auch in der Reichsgebrechlichenstatistik, welche die Blinden, Taubstummen, sowie körperlich und geistig Gebrechlichen umfaßt, steht Ostpreußen bedauerlicherweise immer entweder an erster oder mit an erster Stelle. Ich stelle hier die Zahlen für Ostpreußen und die Rheinprovinz nebeneinander. Auf 10 000 Einwohner entfielen: Blinde in der Rheinprovinz rund 9 — in Ostpreußen 14, Taubstumme in der Rheinprovinz 10 — in Ostpreußen 22, körperlich Gebrechliche in der Rheinprovinz 126 — in Ostpreußen 168, geistig Gebrechliche in der Rheinprovinz 58 — in Ostpreußen 66. Welche finanzielle Belastung sich daraus für die ostpreußischen Fürsorgeverbände ergibt, brauche ich nicht näher darzulegen. Nicht so ungünstig scheint nach der Statistik die Provinz hinsichtlich der Tuberkulose darzustehen. Leider trügen aber hier die statistischen Zahlen, die wir über die Tuberkulosesterblichkeit

besitzen, weil sie die ostpreußischen Verhältnisse insofern nur unvollkommen wiedergeben, als es hier eine obligatorische Leichenschau auf dem Lande in der Regel noch nicht gibt. Aus ihnen läßt sich vielleicht nur das eine mit Sicherheit feststellen, daß die Tuberkulose in Ostpreußen nicht dieselbe sinkende Tendenz zeigt, wie sonst im preußischen Staate. Wo man ihr aber weiter nachgeht, gelangt man zu Zahlen, wie sie selbst in den großen Industriestädten unbekannt sind. Man kann als Durchschnittszahl im allgemeinen auf dem flachen Lande einen Satz von 5 bis 6 pro Tausend und für die kleinen Landstädte einen Satz von 6 bis 8 pro Tausend annehmen. Damit vergleiche man folgende ostpreußische Zahlen: In der Stadt Willkallen betrug die Tuberkulosesterblichkeit in den Jahren 1923—1925 37,5 bezw. 10 pro Tausend, in Angerburg 34, 40 und 20 pro Tausend, in Tilsit 19, 15 und 14 pro Tausend, in Rosenberg 10,5, 20 und 15 pro Tausend, in dem Landkreise Niederung, in dem es keine Stadt gibt, 11 und 12 pro Tausend und zwar hier trotz sicherlich unvollständiger Erfassung der Tuberkulose-Todesfälle wegen des Fehlens ärztlicher Leichenschau.

Hieraus ergeben sich nun klar die Wege, die die Gesundheitsfürsorge in Ostpreußen gehen muß und die auch hier beschritten sind; es handelt sich zunächst nicht sowohl darum, Fürsorge im einzelnen zu treiben, als vielmehr aufbauende, organisierte Arbeit zu leisten. Die dringendste Aufgabe bleibt für die nächste Zeit, erst einmal die Voraussetzungen für die Ausübung einer auf die Dauer wirksamen Einzelfürsorge zu schaffen, daß heißt, alle die gesundheitsfürsorglichen Anlagen und Einrichtungen zu schaffen, über die man im übrigen Deutschland vielfach bereits in ausreichender oder vollkommener Weise verfügt, geschultes Fürsorgepersonal in hinreichender Anzahl einzustellen und durch unablässige sozialhygienische Aufklärungsarbeit die Bevölkerung für die Anforderungen, die eine moderne Gesundheitsfürsorge an jedermann stellt, reif, und der Verantwortung, die jeder auch in gesundheitlicher Hinsicht für sich und die Allgemeinheit trägt, bewußt zu machen. Erst wenn diese Arbeit geleistet ist, wird es möglich sein, wirklich intensive Gesundheitsfürsorge zu treiben, weil erst dann die große Menge der Fürsorgebedürftigen erfasst und den ihrem Gesundheitszustand und ihren persönlichen Verhältnissen angepaßten Maßnahmen mit Erfolg zugeführt werden kann. In dieser Arbeit steht, wie gesagt, die Provinz mitten drin.

Diese intensivierete Gesundheitsfürsorge erfordert aber reiche Mittel, zumal die Schaffung von Anstalten und hygienischen Anlagen ungeheure Kosten verursacht und es ist unmöglich, daß die Wirtschaft der Provinz diese Summen aufbringt. Der Notlage des Einzelnen entspricht die

Armut der Kommunen und Kommunalverbände, der Versicherungsträger und der freien Wohlfahrtspflege. Und da diese Notlage die ganze Provinz ziemlich gleichmäßig umfaßt, so ist auch ein nennenswerter Ausgleich innerhalb derselben, wie er in anderen Provinzen vorgenommen werden kann, nicht möglich. Wenn daher Ostpreußen auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge zurückgeblieben ist und über viele Einrichtungen, die andere Teile des Staates besitzen, nicht verfügt, so liegt dies gewiß nicht an fehlender Einsicht oder mangelndem Willen, sondern daran, daß trotz größter Anspannung der finanziellen Kräfte hier nicht genügend Geld aufgebracht werden kann. Aus eigener Kraft kann die Provinz den Vorsprung nicht einholen, den das übrige Staatsgebiet vor ihr hat und kann daher nicht die Gesundheitsfürsorge treiben, die anderswo als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird. Es wird immer darauf angewiesen bleiben, daß ihm von Reichs- und Staatswegen Hilfe zuteil wird.

Was die rein in Unterstützungen geübte Fürsorge, d. h. die Fürsorge von denen anbetrifft, denen nur noch durch materielle Unterstützung zu einer Erhaltung ihrer Existenz zu helfen ist, so unterscheidet sich diese überall im wesentlichen nur durch das Maß, in welchem die einzelnen Fürsorgeverbände und die freie Wohlfahrtspflege sie auszuüben vermögen. Sie werden hier aus jedem berufenen Munde immer wieder die Klage hören, daß die Etats der Kreise und Städte durch die Wohlfahrtspflege auf das Äußerste belastet sind, während auf der anderen Seite die Beschwerden über ungenügende Unterstützung nicht verstummen wollen. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist es also leider nicht möglich, das Maß dieser Fürsorge auf die Höhe zu bringen, die wir selbst wünschen.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen nun noch ein Bild desjenigen Fürsorgezweiges geben, der für die ganze Not der hilfsbedürftigen Bevölkerungskreise zum großen Teil verursachend und für die Ausübung und den Erfolg jeder anderen Fürsorge mitbestimmend ist: der Wohnungsfürsorge. In Ostpreußen fehlen rund 35 000 Wohnungen. In dieser Summe sind jedoch nicht die wegen Bauälligkeit oder aus sonstigen Gründen abgängigen Wohnungen enthalten. Und zwar sind es hier wieder eine Reihe der kleineren Städte, in denen die Verhältnisse im Durchschnitt am traurigsten liegen, während es sonst als Regel gilt, daß die Wohnungsnot mit steigender Größe der Gemeinde zunimmt. So waren nach einer im Frühjahr 1926 gehaltenen Umfrage in den ostpreußischen Städten über 20 000 Einwohner mit Ausnahme von Königsberg, das einen Prozentsatz von 9 aufweist, 7,5 vom Hundert aller Haushalte ohne eigene Wohnung, in den Städten von 10 000 bis

20 000 Einwohner aber 14 vom Hundert, in den Städten zwischen 5000 bis 10 000 Einwohnern immerhin noch 7 vom Hundert, und erst bei den Städten mit 2000 bis 5000 Einwohnern sinkt der Prozentsatz auf 5 Prozent. — Bei den Städten von 2000 bis 5000 Einwohnern ist der Bedarf um rund 2 Prozent, bei den Städten von 5000 bis 20 000 Einwohnern sogar um 4 vom Hundert größer, als bei den entsprechenden Städten im Reich, und auch ein Vergleich der Städte über 20 000 Einwohner in Ostpreußen mit denen im Reich weist durchschnittlich eine höhere Bedarfsziffer auf. So stehen z. B. Marienburg mit 10 vom Hundert, Tilsit und Allenstein mit rund 9 vom Hundert einem Reichsdurchschnitt von 6,5 vom Hundert gegenüber. Wenn auf dem flachen Lande diese Verhältnisse im allgemeinen nicht ganz so schlecht, wenn auch immer noch recht wenig zufriedenstellend sind, so ist dies vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß seit 1921 mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge etwa 9000 Landarbeiterwohnungen hergestellt sind. Hierin steht Ostpreußen durchaus an erster Stelle.

Außer dem absoluten Fehlbedarf an Wohnungen ist aber für die Beurteilung der Wohnkultur einer Bevölkerung die Beschaffenheit und Größe der Wohnungen maßgebend, und hier liegen nun die Verhältnisse in Ostpreußen geradezu trostlos. Nach einer Statistik, deren Angaben sich auf die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern beziehen, bestanden vom Hundert aller Wohnungen 20 aus 1 Zimmer ohne Küche und 26 aus 1 Zimmer mit Küche. In der Rheinprovinz sind es 1 bzw. 10. Im ganzen sind in den ostpreußischen kleineren Städten Kleinwohnungen von 1 bis 2 Zimmern mit oder ohne Küche 76 vom Hundert aller Wohnungen, in der Rheinprovinz nur 33 vom Hundert.

Die Folgen einer solchen Zusammendrängung der Bevölkerung sind dann natürlich wieder schlechte gesundheitliche Verhältnisse, wie sie z. B. auch in der auffallenden Häufigkeit einer Reihe von Infektionskrankheiten in die Erscheinung tritt. Auch hinsichtlich der abgängigen Wohnungen, d. h. der Wohnungen, die unter normalen Verhältnissen für Wohnzwecke überhaupt nicht mehr verwandt werden dürften, steht Ostpreußen mit 1,3 vom Hundert fast am schlechtesten da. Trotzdem bleibt die Bautätigkeit in Ostpreußen hinter derjenigen im übrigen Preußen immer noch erheblich zurück. Der Reinzugang an Wohnungen auf 1000 Einwohner betrug in den Jahren 1923—1925 in Ostpreußen $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Wohnungen, in Preußen dagegen 2—3. Auch im Jahre 1926, für welches mir nur die ostpreußischen Zahlen vorliegen, ist eine Besserung kaum eingetreten. Die Verschlechterung der Wohnverhältnisse gegenüber dem Vorkriegsstande wird recht klar, wenn

man bedenkt, daß von den Wohnungen vor dem Kriege nur 9 Prozent Einraumwohnungen waren, während es jetzt 20 Prozent sind. Für diese, sowohl im Verhältnis zu der Vorkriegszeit, wie im Verhältnis zu fast dem gesamten übrigen Preußen besonders ungünstige Lage der Provinz sind im wesentlichen zwei Gründe maßgebend: Im Gegensatz zu den meisten übrigen preußischen Gebietsteilen besaß Ostpreußen vor dem Kriege keinen Überschuß an Wohnraum, der bei wachsendem Bedarf zunächst noch zur Verfügung gestanden hätte. Ferner aber mußte die Provinz noch eine unverhältnismäßig große Zahl von Rück- und Zuwanderern aufnehmen und mit Wohnraum versorgen.

Sie werden nun fragen, worauf die ganz offenbar ungenügende Fürsorge für die Herstellung neuen Wohnraums zurückzuführen ist. Unter den Gründen hierfür sind im Zusammentreffen mit dem bekannten Geldmangel in erster Linie die hohen Baukosten zu nennen. Während z. B. sowohl die Baustoffe wie die Löhne in Ostpreußen auf rund 180 vom Hundert des Friedensstandes stehen, sind die gesamten Baukosten im Reich, also Löhne und Baustoffe, nur auf etwa 162 vom Hundert gestiegen, und hierfür sind wiederum die besonderen Produktionschwierigkeiten der Ziegelindustrie, die preistreibende Wirkung der großen Holzankäufe, die durch unser Klima bedingte Kürze der für die Ausführung von Bauten geeigneten Zeit und die dadurch verursachten hohen Saisonlöhne, die Notwendigkeit eines, aus klimatischen Gründen notwendigen verstärkten Wärmeschutzes und die hohen Frachten für die eingeführten Baustoffe maßgebend. — Außer einem Frachtsondertarif für die von auswärts eingeführten Baustoffe, wie Kalk und Zement, könnten nur weit verstärkte Hauszinssteuermittel hier Abhilfe schaffen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Regierung in dieser Hinsicht schon manches getan hat, so bleibt das Geschehene immer noch weit hinter dem unbedingt Notwendigen zurück. — Um eine stärkere Verwendung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau auf dem flachen Lande zu ermöglichen, müßten die Bestimmungen über die produktive Erwerbslosenfürsorge dahin geändert werden, daß sie auch auf die Wohnungserstellung für alle Arbeiter angewandt werden können, die in gewerblichen Unternehmungen auf dem Lande beschäftigt werden und dort wohnen, sowie auf alle selbständigen Handwerker auf dem Lande und in den kleinen Städten, die ja hauptsächlich für die Landwirtschaft arbeiten. Schließlich würde eine Förderung der Bautätigkeit durch die Übernahme von Staatsbürgschaften für zweistellige Hypotheken und durch eine liberalere Anwendung der Vorschriften über die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen bei Behörden ermöglicht werden können.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen mit kurzen Strichen den Stand der sozialen Fürsorge in Ostpreußen in ihren Hauptgebieten darzustellen und mich dabei bemüht, nachzuweisen, daß die Lage der Provinz auch auf diesem Gebiete eine ebenso eigenartige, mit anderen Verhältnissen zum Teil nicht vergleichbare, wie der Abhilfe dringend bedürftige ist. Heutzutage ist das Leben aller Teile unseres preußischen Volkes, unseres deutschen Vaterlandes, so eng miteinander verknüpft, daß kein Teil Schaden leiden kann, ohne die anderen Teile in Mitleidenschaft zu ziehen. Fragen des finanziellen Ausgleichs lassen sich überhaupt mit dem Rechenstift allein nicht lösen. Dazu sind Leistung und Gegenleistung innerhalb eines Volksganzen stets viel zu ungleichartig. Vergessen wir nicht, daß Ostpreußen seinerseits hier Leistungen in die Wagschale zu werfen hat, die gerade die großen Städte und die wohlhabenderen Industriegebiete noch tief in seiner Schuld lassen. Von seinem wertvollsten Besitz, seinen Menschen und ihrer Arbeitskraft, hat Ostpreußen stets freigebig ausgeteilt. Wenn man die jährliche Abwanderung arbeitsfähiger Personen nicht zu hoch mit 15 000 beziffert, so heißt dies nicht nur, daß Ostpreußen — abgesehen von der ihm entgehenden Arbeitsleistung — an Aufwand für Erziehung und Ausbildung dem übrigen Reich und Staat ein jährliches Opfer von 40—50 Millionen bringt, sondern es bedeutet auch, daß die wohlhabenderen Gebiete des westlicheren, industriellen Preußens und die großen Städte, in die die Abwandernden vorzugsweise ziehen, zu einem nicht geringen Teil der Arbeitskraft ostpreußischer und in Ostpreußen herangewachsener Männer und Frauen ihren Wohlstand verdanken. Umso gerechtfertigter scheint mir unsere Bitte, für diese Opfer schadlos gehalten zu werden und umso notwendiger seine Erfüllung nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern in dem des ganzen Staates. Wie dies geschehen kann auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, das habe ich Ihnen bei jedem Fürsorgezweig kurz darzulegen versucht. Hier noch einmal die Grundlage jeder Hilfe von dauernder Wirkung: Stärken Sie unsere Kultur, verhelfen Sie vor allem auch unserer Wirtschaft zu einer stetigen Blüte, damit sie tragfähig wird für die Lasten einer wahrhaft erfolgreichen sozialen Fürsorge! —

